

AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de

2 / 2009



60 Jahre Bundesrepublik:

Bewährtes vor großen Herausforderungen



Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, will das Grundgesetz weiterentwickeln und konkretisieren
Foto: Aimer

Gleich mit zwei Tagungen stimmte die Akademie auf den 60. Geburtstag der Bundesrepublik im Mai 2009 ein. Im Mittelpunkt stand neben der Würdigung und Bewertung der vergangenen 60 Jahre vor allem die Notwendigkeit einer Analyse der aktuellen Herausforderungen, die sich nicht zuletzt in der weltweiten Finanzkrise abzeichnen. Unter dieser Perspektive sollte erläutert, diskutiert und Prognosen gewagt werden, ob tragende Elemente der Bundesrepublik wie Grundgesetz und Marktwirtschaft den Anforderungen noch gewachsen sind. Die Grundpfeiler des „Erfolgsmodells Bundesrepublik“ wurden auf den Prüfstand gestellt und ihre Zukunftsfähigkeit hinterfragt.

Siehe Seite 3 bis 8



Nach dem Ende der deutschen Teilung zog der Bundestag im April 1999 in den Reichstag in Berlin ein
Foto: Schröder

Was darf der Staat in der Krise?

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise war in den vergangenen Wochen immer wieder Thema bei Akademieveranstaltungen. Der bayerische Wirtschaftsminister Martin Zeil hielt ein Plädoyer für einen starken Staat, der Regeln setze, und wandte sich gegen die These von der Marktwirtschaft als „Auslaufmodell“.

Wirtschaftsjournalist Marc Beise kritisierte beim Akademiegespräch im Landtag die konkreten Hilfsprogramme der Bundesregierung.

Siehe Seite 9 und 10



Wirtschaftsminister Martin Zeil wandte sich gegen Enteignungspläne

Foto: ms



Theo Waigel lobt den Euro
Foto: Richter

Fels in der Brandung der Finanzkrise

Zehn Jahre nach Einführung des Euro als Buchungswährung zogen Fachleute bei einer Akademietagung eine eher positive Bilanz.

Siehe Seite 15

Weitere Themen im Heft:

<i>Ausverkauf der Freiheit?</i>	S. 11
<i>Selbstbestimmung im Zeitalter der Biopolitik</i>	S. 18
<i>Die USA unter neuem Präsidenten</i>	S. 22

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Bewährtes Modell vor schweren Herausforderungen	3
<i>60 Jahre Bundesrepublik Deutschland:</i> Von der „Nicht-Souveränität“ zur „Europäisierung“	6
Politische Bildung für die Bundeswehr	8
<i>Akademiegespräch im Landtag:</i> Was darf der Staat in der Krise?	9
„Soziale Marktwirtschaft ist kein Auslaufmodell“	10
Ausverkauf der Freiheit?	11
Der Kommerz in der entzauberten Moderne	14
Fels in der Brandung der Finanzkrise	15
Staatliches Handeln zwischen Freiheit und Sicherheit	17
Selbstbestimmung im Zeitalter der Biopolitik	18
Europäische Initiativen und regionales Handeln	21
Die USA unter neuem Präsidenten	22
Die europäische Sicht auf die Ureinwohner Nordamerikas	24
Auf der Suche nach einem gemeinsamen Geschichtsbild	25
Schwierigkeiten der Wahlforschung	28
Alles Dienstliche ruhte auf einem menschlichen Fundament	29
Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	30
Pressespiegel	31
Themen – Tagungen – Termine	33
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	36

Direktor der Akademie:
Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:
Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:
K. Heinz **Eisfeld**

Kollegium:

Dr. Saskia **Hieber**, M.A.
Internationale Politik

Dr. Gero **Kellermann**, Dozent
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Stefan **Köppl**, M.A.
Pers. Referent des Direktors
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Michael **Spieker**
Ethische und theoretische
Grundlagen der Politik

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**, Dipl. Soz.
Gesellschaft und Umwelt,
Sozialpolitik und -arbeit

Organisationsreferat:
Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82327 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich Oberreuter
(verantwortl.)

Dr. Michael Schröder
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:

Dinauer Medienbetrieb GmbH
Lindberghstraße 4 82178 Puchheim

Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

Bewährtes Modell vor schweren Herausforderungen

Die Bundesrepublik nach innen und außen zukunftsfähig machen

Kurz vor dem 60. Geburtstag der Bundesrepublik Deutschland muss die Frage erlaubt sein, ob es Anlass für eine große Feier mit vielen Gratulanten gibt und ob sich das Modell bewährt hat. In den 60 Jahren ist es zweifellos gelungen, nach den schwierigen Zeiten der Weimarer Republik und dem Untergang des NS-Regimes die Bundesrepublik zu stabilisieren. Prägend waren vor allem die Etablierung der Sozialen Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard, der folgende Wirtschaftsaufschwung der 50er Jahre („Wirtschaftswunder“), der Mauerbau, aber auch die Zeit der Studentenbewegung und schließlich die Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

Die Akademie sah neben der Würdigung der vergangenen 60 Jahre vor allem die Notwendigkeit einer Analyse der aktuellen Herausforderungen, die sich nicht zuletzt in der weltweiten Finanzkrise abzeichnen. Unter dieser Perspektive sollte erläutert, diskutiert und Prognosen gewagt werden, ob tragende Elemente der Bundesrepublik wie Grundgesetz und Marktwirtschaft den Anforderungen noch gewachsen sind.

Fehlende Modelle

Um die aktuellen Herausforderungen fundiert beurteilen zu können, eröffnete der frühere bayerische Kultusminister und Politikwissenschaftler Hans Maier die Tagung mit einem Rückblick auf die vergangenen 60 Jahre. Er betonte die schwierige Situation Deutschlands bei der Gründung der Bundesrepublik. Maßgebliches Ziel eines neuen Staates war die erforderliche Normalisierung nach innen und außen. Maier wies auf das Fehlen nachahmenswerter Modelle der Staatlichkeit hin. So entstand in Abkehr von der Weimarer Republik eine „wehrhafte Demokratie“, die maßgeblich durch das Bundesverfassungsgericht in seiner Funktion als „Hüter der Verfassung“ geschützt wird. Maier stellte außerdem bereits zu Beginn der Tagung die hohe Bedeutung einer wertgebundenen Ordnung heraus – was später

von Andreas Hillgruber aufgenommen wurde und als ein Leitmotiv die Tagung begleitete.

Anreger und Hüter

„Die Forderung nach der Herrschaft des Rechts im Rechtsstaat war die Antwort auf den Unrechtsstaat.“ Mit die-



Hans-Jürgen Papier: das Grundgesetz weiterentwickeln und konkretisieren
Fotos: Aimer

sem Zitat des Historikers Theodor Schieder leitete Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, seine Ausführungen ein. Auf Hans Maier Bezug nehmend, erkannte auch er die schwierige Lage Deutsch-

lands zu Zeiten der Staatsgründung und bestätigte die Rolle des Bundesverfassungsgerichts als Hüter der Verfassung. Gleichzeitig wies er aber darauf hin, dass eine derartige Aufgabe nur in Kooperation mit allen anderen staatlichen Instanzen möglich wäre. Das Bundesverfassungsgericht habe zusätzlich die Aufgabe, das Grundgesetz weiterzuentwickeln und zu konkretisieren. Ein maßgeblicher Vorteil sei, dass es selbst an der Machtausübung nicht beteiligt sei. Papier wies jedoch darauf hin, dass bei einzelnen Entscheidungen oft eine große Nähe zur Politik bestünde, wie zum Beispiel im Fall der Entsendung von deutschen Soldaten nach Afghanistan.

Herausforderungen

Christian Hillgruber, Rechtswissenschaftler an der Universität Bonn, betonte die Wertgebundenheit des



Christian Hillgruber: „Das Menschenbild des Grundgesetzes ist nicht wertneutral“

Grundgesetzes und stellte die obersten Werte Freiheit und Menschenwürde heraus. Der Mensch sei somit als vorrangig vor dem Staat anzusehen, was Hillgruber mit dem Zitat aus dem Her-



renchiemseer Verfassungskonvent „Der Staat ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen“ deutlich machte. Dieses Menschenbild beruhe auf dem westli-

„Der Staat ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen“

Aus dem Herrenchiemseer Verfassungskonvent 1948

chen Universalismus und könne daher nicht als neutral angesehen werden. Ein Verzicht auf eine Bewertung käme in dieser Sache jedoch einem Rückschritt in die Vorzeit gleich. Um eine tragfähige Demokratie zu gewährleisten, müsse sich jede Generation das Grundgesetz neu aneignen – Hillgruber betonte hier vor allem die Rolle der Schulen.

Soziale Marktwirtschaft zukunftsfähig?

Das Zusammenspiel von Staat und Wirtschaft beschrieb Randolf Rodenstock, Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, in seinem Vortrag über die Krise der Sozialen Marktwirtschaft: Diese Wirtschaftsform brauche Regeln, also einen starken Staat, der Regeln formuliert und kontrolliert, aber selbst nicht wirtschaftlich agiert. Im Angesicht der momentanen Krise seien nicht mehr, sondern bessere Regeln vonnöten; wichtig sei aber stets auch die Verantwortung des Einzelnen, ohne die kein Wirtschaftssystem tragfähig sei.

Auch wies Rodenstock auf die zentrale Rolle des Bildungssystems hin, das in seiner jetzigen Form nicht zum Weg aus der Krise beitrage. Schließlich bestünde der unter anderem darin, in Qualifizierung zu investieren. Eine Prognose über den weiteren Verlauf wagte Rodenstock nicht. Er warnte vor prognostischen Aussagen zu diesem Zeitpunkt und meinte, dass der Tiefpunkt der Krise noch nicht erreicht sei.

Akademiedirektor Heinrich Oberreuter wies in der anschließenden Diskussion darauf hin, dass eine Chance dieser Krise in ihrer jetzigen Form eventuell darin bestünde, eine rationale Diskussion über aktuelle Probleme zu fördern – eine Tatsache, die lange Zeit vernachlässigt wurde.

Ausgehend von der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung beschrieb Manfred G. Schmidt von der Universität Heidel-

berg die Ergebnisse von 60 Jahren Sozialpolitik und bewertete diese hinsichtlich verschiedener Kriterien. Deutschland habe ein weit ausgebauten soziales Sicherungssystem, das vor allem aus tief verankerten Traditionen eines Sozialstaates und dem bis in die 70er Jahre sehr hohen Wirtschaftswachstum resultiere.



Randolf Rodenstock: Tiefpunkt der Krise noch nicht erreicht

Insgesamt sei das soziale Sicherungssystem durchaus als Erfolg zu werten, wenn es auch verschiedene problematische Faktoren gäbe: So diene das bestehende System vor allem der Alterssicherung, habe aber Defizite im Bereich der Kinder- und Familienpolitik. Auch blieben durch die hohe finanzielle Belastung zu geringe Mittel für andere Bereiche übrig. Da aber immer mehr Menschen existentiell vom sozi-

alen Sicherungssystem abhängig würden, gestalte sich ein Reformprozess schwierig. Das Thema der sozialen Sicherung könne als ein Einflussfaktor bei Wahlen angesehen werden.

Schwindendes Vertrauen

Heinrich Oberreuter arbeitete in seinem Beitrag über das bundesdeutsche Institutionengefüge zwei Tendenzen heraus: Zum einen sei eine Perfektionierung der Parteiendemokratie zu erkennen, welche aber mit Problemen wie gesellschaftlicher Individualisierung und dem Vorrang medialer Darstellung vor Inhalten zu kämpfen habe.



Heinrich Oberreuter: Perfektionierung der Parteiendemokratie

Zum anderen ginge ein Trend in Richtung Europäisierung – viele Entscheidungen würden vor allem auf europäischer Ebene getroffen – und die Diskussion darüber, die eigentlich im Bundestag stattfinden sollte, verlagere sich zunehmend in die mediale Öffentlichkeit mit ihrer eigenen Funktionslogik. Darüber hinaus nehme das Vertrauen der Bevölkerung in die Parteien, aber auch in das demokratische System zunehmend ab (was die Problemlösungskompetenz, nicht jedoch die liberalen Qualitäten betreffe). Gerade in der Krise sei dies kein Anlass für allzu großen Optimismus. Abschließend rief er die Politik auf, sich auf wirklich drängende Probleme zu fokussieren und der Diskussion nicht aus dem Weg zu gehen.

Eines dieser aktuellen Probleme zeichnet sich in den Debatten um die Föderalismusreformen ab, so erklärte Hans-Peter Schneider vom Deutschen Institut für Föderalismusforschung in Hannover. Nachdem er die Stationen der föderalistischen Tradition in Deutschland nachgezeichnet und in diesem Rahmen die Ergebnisse der Föderalismuskommission I als insgesamt positiv bewertet hatte, wendete er sich der kürzlich abgeschlossenen Föderalismuskommission II zu. Schneider äußerte sich skeptisch über deren Ergebnisse, vor allem in Bezug auf die neu getroffenen Schuldenregelungen – diese seien kaum durchsetzbar.

Die Frage, ob der deutsche Bundesstaat in seiner derzeitigen Form zukunftsfähig sei, könne nach Schneider nicht eindeutig beantwortet werden. Zwar seien die Ergebnisse der Föderalismuskommission I eher positiv zu sehen, andererseits finde man in der Bevölkerung kaum noch Unterstützung für den Föderalismus, vor allem wenn es um Fragen wie Bildung gehe.

Brüsseler Kompetenzen

Dietrich Murswiek von der Universität Freiburg griff den Trend zur Europäisierung im Hinblick auf den damit verbundenen Zugewinn oder Verlust an demokratischer Legitimation auf. Seiner Meinung nach gebe es dadurch nicht zwangsläufig einen Verlust an demokratischer Legitimation, da Deutschland durch das Mitwirken in der EU Möglichkeiten wahrnehmen könne, die es zuvor nicht oder nur sehr begrenzt hatte. Andererseits finde eine Verlagerung zentraler Kompetenzen nach Brüssel statt, was einen Verlust an Legitimation nahelege. Je höher die Entscheidungsebene, desto geringer seien die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten. Murswiek sah zwei Möglichkeiten für die Bewahrung demokratischer Legitimation: Entweder müssten die nationalen demokratisch gewählten Regierungen ihre Souveränität behalten, was aber im Mo-

ment dadurch unterlaufen werde, dass auf EU-Ebene zunehmend Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip gefällt werden. Oder das Europaparlament dürfe nicht aus verschiedenen nationalen Einheiten bestehen, sondern müsse sich aus einem „Unionsvolk“ zusammensetzen.

Außenpolitische Szenarien

Abschließend gab Carlo Masala von der Universität der Bundeswehr München einen Überblick über mögliche außenpolitische Perspektiven Deutschlands: Zum einen sei es denkbar, Deutschland in die Position eines „Juniorpartners“ der USA zu bringen, was sich auf die Annahme stützt, dass die USA weiterhin eine dominierende Rolle in der Weltpolitik einnehmen werden und die EU aufgrund innerer Dif-

und dafür wechselnde Koalitionen eingehen. Diese Möglichkeit würde aber einen erheblichen finanziellen Aufwand, vor allem im militärischen Bereich, bedeuten und müsse von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung sowie auch anderer europäischer Staaten mitgetragen werden, was relativ unwahrscheinlich sei.

Zuletzt bliebe nach Masala die Möglichkeit einer differenzierten Integration auf europäischer Ebene im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Ein für alle willigen und fähigen Staaten offener Kern würde Europa in Bezug auf Außen- und Sicherheitspolitik repräsentieren und als Handlungspartner fungieren. Deutschland könne so die zukünftige multipolare Ordnung mitgestalten, ohne die europäische Stabilität zu gefährden und gleichzeitig bei divergierenden Interessen eigene



Vom Symbol der Teilung zum Symbol der Einheit: das Brandenburger Tor

Foto: MS

ferenzen machtpolitisch geschwächt ist. So könne sich Deutschland an die Außen- und Sicherheitspolitik der USA anlehnen, würde vermutlich aber auch in Konflikte verwickelt werden, die für Deutschland nicht von Interesse seien.

In einem zweiten Szenario ließe sich Deutschland als eigenständige Großmacht sehen. Der Staat könne das internationale Geschehen mitgestalten

Koalitionen mit anderen Partnern eingehen. Nach Masala sei dies die einzig denkbare Alternative.

Darüber hinaus rief Masala dazu auf, die Debatte über militärische Interventionen nicht aus der Öffentlichkeit auszuklammern, sondern im Gegenteil zu informieren und zu diskutieren. ■

Elisabeth Aimer

Von der „Nicht-Souveränität“ zur „Europäisierung“

Entwicklungen bundesdeutscher Innen- und Außenpolitik seit 1949

Der 60. Geburtstag der Bundesrepublik im Mai 2009 war Anlass für eine Analyse der Rahmenbedingungen, Entwicklungen und Ergebnisse bundesdeutscher Innen- und Außenpolitik seit 1949. Dieses Projekt* war das Gegenstück zu einer anderen Jubiläumstagung, die die Grundpfeiler des „Erfolgsmodells Bundesrepublik“ auf den Prüfstand stellte und ihre Zukunftsfähigkeit thematisierte (siehe Bericht Seite 3).

Zum Auftakt ließ der Bonner Historiker Joachim Scholtyseck die Gründungsphase zwischen 1945 und 1949 Revue passieren. Seine These: Die politischen Prozesse dieser Zeit seien vor allem im Kontext der Rahmenbedingungen der „Nicht-Souveränität“ zu sehen. So sei der Pfad zur Gründung der Bundesrepublik stark von den Vorstellungen der alliierten Siegermächte geprägt, in deren Rahmen sich die deutschen Akteure bewegt und es durchaus geschafft hätten, beträchtliche eigene Akzente bei der Gestaltung des neuen Staates zu setzen. Gleichwohl habe man bei allem den Charakter des Provisoriums in den Vordergrund gestellt, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, das Ziel der Wiedervereinigung aufgegeben zu haben. Dennoch sei ein vollständiger Staat entstanden, dessen Gründungsprinzipien sich im Laufe der Jahrzehnte bewährt hätten.

Strukturelle linke Mehrheit

Der ebenfalls in Bonn lehrende Politikwissenschaftler Frank Decker zeichnete Etappen der Entwicklung des Parteiensystems nach, die von einem Vielparteiensystem zu Beginn der Republik über das „Zweieinhalbparteiensystem“ zurück zu einem Fünfparteiensystem führte. Die eigentliche Zäsur, nämlich das Ende des bipolaren Vierparteiensystems, machte Decker an der Bundestagswahl 2005 fest; das zentra-

le Novum der aktuellen Phase sei die strukturelle Mehrheit eines potentiellen linken Lagers. Die Konsequenzen für die Koalitionsbildung seien auf



Joachim Scholtyseck: eigene Akzente deutscher Politiker bei der Gestaltung des neuen Staates

Bundesebene besonders schwierig, denn aufgrund der regionalen Differenzen in den Parteiensystemen auf Länderebene seien die im Bund diskutierten neuen Koalitionsformeln – anders als in der Vergangenheit – bislang kaum ausprobiert worden. Für die Zukunft sei keine Re-Konzentration zu erwarten; auch schätzte Decker die Chancen auf die Ablösung der Großen Koalition durch ein Dreierbündnis gering ein. Damit blieben drei Szenarien: Erstens die Große Koalition auf Dauer; zwei-

tens eine neue Bipolarisierung bei Integration der Linkspartei in das linke Lager; und drittens eine Annäherung an die skandinavische Regierungspraxis, in der die Parteiführungen weniger konfrontativ und je nach Lage flexibel über die Regierungsbildung entschieden.

Verfestigung des Gelungenen

Werner Patzelt von der TU Dresden untersuchte die Veränderungen im Parlamentarismus in Bund und Ländern und stellte fest: Die zentralen Weichenstellungen von 1949 wurden durch die Verfassungspraxis nicht verändert. Es habe in den letzten sechzig Jahren also kaum institutionellen Wandel gegeben, sondern vielmehr die Verfestigung „wirklich gut gelungener Institutionen“. Auszumachen seien lediglich kleinere Anpassungen innerhalb dieses Rahmens, etwa an die veränderte Medienlogik und die europäische Integration. Sein Plädoyer für einen richtig verstandenen Parlamentarismus brachte Patzelt auf die Formel, dass die konstanten Missverständnisse und die daraus resultierende unzutreffende Kritik an einem gut funktionierenden System noch das Kritikwürdigste seien.

Aktive Anpassung

Die Analyse der bundesdeutschen Außenpolitik eröffnete Werner Link aus Köln mit zehn Thesen zu den Grundlinien der außenpolitischen Orientierung Deutschlands. So sei für Deutschland nach wie vor die Dominanz des internationalen Systems entscheidend. Von größter struktureller Bedeutung sei gewesen, dass die Westbindung in zwei verschiedenen Rahmen erfolgte – europäisch und atlantisch. Die Ergänzung der Westbindung durch Ostverbindungen sei – nach-

* Kooperationspartner war die Hochschule der Bundeswehr München

dem der Basiskonsens über die konkrete Westbindung hergestellt war – zunächst ein Desiderat der deutschen Außenpolitik gewesen. Die Chance zur Entwicklung substantieller Ostverbindungen habe sich erst ergeben, als sich die Politik der Supermächte änderte, und die neue Ostpolitik sei die aktive Anpassung an die systemische Tendenz gewesen.

Auch die Wiedervereinigung sei erst aufgrund internationaler Veränderungen möglich geworden, die zugleich eine Überprüfung und Neudefinition der außenpolitischen Handlungsmaxime Deutschlands erfordert hätten: Die alte Maxime „Westbindung plus Ostverbindungen“ sei sinnlos geworden, weil der West-Ost-Antagonismus obsolet geworden ist.

„In dubio pro Europa“

An die Stelle der Ostverbindungen sei die Osterweiterung der NATO und der EG/EU getreten, wodurch Deutschland auch geopolitisch in seine Mittellage zurückgekehrt sei. Von heute aus betrachtet erscheine die Grundlinie der außenpolitischen Orientierung als das Prozessresultat der schrittweisen aktiven Anpassung an die neuen Struk-



Werner Link: europäische und atlantische Westbindung der Bundesrepublik

turen des neuen internationalen Systems. Die alte Maxime des „sowohl-als-auch“ und „in dubio pro Amerika“ wirke zwar in Teilen der politischen Eliten bis heute nach, aber der neuen



Ursula Münch (Mitte) beleuchtete das Nebeneinander von Föderalismus und Parteienwettbewerb, Carlo Masala (rechts) untersuchte den Wandel der transatlantischen Beziehungen (links Tagungsleiter Stefan Köppl) Fotos: Zimmermann

Situation entspreche eher die Maxime „in dubio pro Europa“, an der sich die Außenpolitik Deutschlands als souveräner Staat und als integrierte europäische Mitführungsmacht seit 1990/91 allmählich zu orientieren beginne.

Gunther Hellmann (Frankfurt/Main) unterstrich den Einschnitt des Endes des Kalten Krieges für die deutsche Außenpolitik: Diese hätte nach 1990 völlig neu erfunden werden müssen. Die Ziele, Visionen und Ambitionen in der Perspektive einer Berliner Republik hätten als Kernziel die Stabilisierung und sukzessive Ausdehnung der Friedenszone über den europäischen Kern hinaus. Nach den Verschiebungen der außenpolitischen Koordinaten sei die Entscheidung zwischen „pro USA“ und „pro Europa“ nicht mehr wichtig, im Zentrum stehe vielmehr „pro Germania“.

Europäisierung deutscher Politik

Roland Sturm von der Universität Erlangen-Nürnberg analysierte in seinem Vortrag die Europäisierung der Institutionen und Entscheidungsprozesse der deutschen Politik, die er als „Downloading“ der europäischen Funktionslogik auf die nationale Ebene

beschrieb. Diese habe mittlerweile alle Bereiche der deutschen Politik beeinflusst, wobei die policy-Ebene, die politischen Inhalte und Programme, am weitesten europäisiert sei, etwa die Wettbewerbs- und Agrarpolitik. Institutionelle Reaktionen der Europäisierung seien an der Einrichtung von speziellen Gremien, etwa interministeriellen Komitees zu Europafragen, zu erkennen.

Carlo Masala von der kooperierenden Universität der Bundeswehr München unterschied in seinem Vortrag über den Wandel der transatlantischen Beziehungen zwei Phasen, nämlich vor und nach dem fundamentalen Ereignis, das wie ein Meteoriteneinschlag das internationale System verändert habe: dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Zuvor sei ein Prozess der Institutionalisierung und Verrechtlichung der internationalen Beziehungen zu erkennen, zunächst durch Integration innerhalb der beiden Blöcke, dann durch übergreifende Institutionen wie die KSZE. Nach dem Ende des Kalten Krieges sei eine Flexibilisierung der Institutionen, etwa der NATO zu identifizieren, die zunehmend durch ad hoc-Gremien und Koalitionen der Willigen und Fähigen ergänzt, vielleicht sogar ausgehöhlt werden.



Der Mainzer Historiker Sönke Neitzel untersuchte die Rolle der Bundeswehr im Spannungsfeld von Sicherheitspolitik und gesellschaftlichen Veränderungen. Laut Neitzel könne der außenpolitische Stellenwert der Bundeswehr nach ihrer Gründung 1955 gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Ein Kardinalproblem bleibe die mangelnde Bereitschaft zu Kampfeinsätzen, die auch dem deutschen Wunsch nach einem ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat im Wege gestanden sei. Dies sei auch eine Folge der „Zivilisierung“ der Streitkräfte mit der Gründung der Bundeswehr, die einen fundamentalen Einschnitt in der Geschichte des deutschen Militärs darstelle. Durch die Abkehr von klassischen Traditionsbildern hin zu einer dem Kampf distanzierter gegenüberstehenden Tradition habe eine zivile Umdeutung des „miles protector“, der im internationalen Einsatz schützt, rettet und hilft, stattgefunden – ein Bild, das den aktuellen, auch Kampfeinsätze einschließenden, Anforderungen nur teilweise entspreche.



Manfred G. Schmidt: „Der Sozialstaat ist ein politischer Faktor ersten Ranges“

Manfred G. Schmidt von der Universität Heidelberg ging in seinem Vortrag den Entwicklungslinien und Besonderheiten des bundesdeutschen Sozialstaats nach. Die Entwicklung des Sozialstaats sei eine Geschichte seines Ausbaus, geprägt von den historischen Traditionen, vom Wettbewerb zweier großer Sozialstaatsparteien (Union und SPD) und von kontinuierlichem Wirtschaftswachstum, also der Menge der zu verteilenden Mittel. Dies

habe im Ergebnis zu einem ausgesprochen stark ausgebauten Sozialstaat geführt, der nicht nur ein gesellschaftlicher und wirtschaftlicher, sondern auch ein politischer Faktor ersten Ranges sei. Im großen und ganzen bewege sich der deutsche Sozialstaat – auch bei den aktuellen Herausforderungen – international im Bereich der Normalität, weise allerdings auch Besonderheiten auf, etwa einen außerordentlich hohen, durch Sozialpolitik umverteilten Anteil des Bruttoinlandsprodukts und einen sehr hohen arbeitsrechtlichen Schutz der Beschäftigten.

Parteipolitische Instrumentalisierung

Ursula Münch von der Universität der Bundeswehr beleuchtete das Nebeneinander von Föderalismus und Parteienwettbewerb in Deutschland – zwei Prinzipien, die nach der „Struk-

turbruchthese“ Gerhard Lehmsbruchs unvereinbar seien und zu Politikblockaden führen müssten. Eine Überprüfung dieser These führe laut Münch nicht zu einer klaren Bestätigung; stattdessen müsse differenziert werden. So sei eine parteipolitische Instrumentalisierung des Bundesrates zwar zu beobachten, sei aber nicht durchgängig und führe auch nicht zu der erwarteten grundsätzlichen Blockade.

Die Ausdifferenzierung der Parteienlandschaft nach der Wiedervereinigung führe allerdings dazu, dass politisch gleichgerichtete Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat zur Ausnahme würden und sich folglich die Blockaden häuften. Eine Überprüfung von institutionellen Reformvorschlägen ergebe, dass auch bei deren Umsetzung wenig Veränderung zu erwarten sei. Daher werde das Problem schwieriger Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat auch die künftigen Bundesregierungen begleiten. ■

Stefan Köppl / Jutta Zimmermann

Politische Bildung für die Bundeswehr

Die Offiziersschule der Luftwaffe Fürstenfeldbruck führte an der Akademie das Jahresseminar für das Stammpersonal durch. Zum von den Tagungsleitern Sedlmaier und Saskia Hieber entwickelten Konzept gehörte es vornehmlich, auf die Ressourcen, Kapazitäten und Kompetenzen im Dozentenkollegium der Akademie zuzugreifen. Mit den Referaten von Stefan Köppl über die Europa- und die Bundestagswahl 2009, von Michael Schröder über das Spannungsfeld von Politik und Medien und von Saskia Hieber

über Energiepolitik und Umwelt in Asien wurde abermals die wissenschaftlich-akademische Leistungsfähigkeit des Hauses unter Beweis gestellt. Als externer Referent konnte der ehemalige Geschäftsführer der Ludwig-Bölkow-Systemtechnik GmbH, Jörg Schindler, gewonnen werden, der mit seinen ausführlichen Begründungen und komplexen Herleitungen zum baldigen „Ende des fossilen Zeitalters“ auf viel Interesse und Betroffenheit stieß.

■ SH

Was darf der Staat in der Krise?

Wirtschaftsjournalist Marc Beise glaubt weiter an die Marktwirtschaft

Bankenrettungsschirme, Konjunkturpakete, Finanzhilfen für die Hypo Real Estate, Opel und Schaeffler: Die Rolle des Staates bei der Bewältigung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise war Thema des 35. Akademiegesprächs im Landtag. Gastredner war Marc Beise, der Ressortleiter Wirtschaft bei der Süddeutschen Zeitung. Reinhold Bocklet, der stellvertretende Landtagspräsident, wies darauf hin, dass die gegenwärtigen Turbulenzen auf den Finanzmärkten zu einer tiefen Verunsicherung der Bürger geführt haben. Akademiedirektor Heinrich Oberreuter sah jedoch die Ursachen hierfür weniger im aktuellen Krisenmanagement der Politik, sondern in langfristigen Trends. Das Vertrauen in die politischen Institutionen habe in den letzten Jahren dramatisch nachgelassen, obwohl gleichzeitig viel vom Staat erwarte werde.

Angesichts der sich dramatisch verschlechternden Wirtschaftsdaten nehme der Druck auf die Politik zu, nicht nur den Finanzsektor, sondern auch Arbeitsplätze zu retten, sagte Beise. Während noch im Herbst 2008 einige Wirtschaftsexperten nur einen moderaten Abschwung prognostiziert hätten, bestünde nunmehr kein Zweifel mehr, dass mit der tiefsten Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg zu rechnen sei. Binnen weniger Monate hätten sich alle Prognosen als Makulatur erwiesen. Krisenmeldungen und Hiobsbotschaften würden sich überschlagen. Nachrichten über Milliardenverluste, Unternehmenspleiten, Kurzarbeit und Entlassungen prägten die Schlagzeilen. Deutschland als Exportweltmeister werde hart von der globalen Krise getroffen. Selbst die Regierung gehe von einem Rückgang des Sozialprodukts um bis zu fünf Prozent aus. Die Arbeitslosigkeit werde mit Zeitverzögerung deutlich steigen und ein Ende der Talfahrt sei nicht in Sicht.

Gigantische Schuldenlast

Die Politik habe schnell und umfassend mit staatlichen Schutzschirmen und Konjunkturprogrammen reagiert. „Aber hat sie auch richtig reagiert?“ –

so die Frage von Marc Beise. Alle Experten gingen davon aus, dass die Bankenrettung unausweichlich gewesen sei. Auch könne die Enteignung



Marc Beise: Zweifel an der Wirksamkeit der aktuellen Konjunkturprogramme

Foto: ms

der Hypo Real Estate gerechtfertigt werden, denn hier treffe die im Grundgesetz verankerte Sozialpflichtigkeit des Eigentums zu. Konjunkturprogramme seien in einer solchen extremen Situation berechtigt, doch Beise zweifelte an ihrer Wirksamkeit. Man habe den Eindruck, dass vor der Bun-

destagswahl die jeweilige Klientel mit der Gießkanne bedient werde. Es fehle die Konzentration auf zukunftsträchtige Bereiche wie Bildung und Infrastruktur. Gleichzeitig nehme die Staatsverschuldung gigantische Dimensionen an, die von künftigen Generationen abgetragen werden müssten.

„Die Marktwirtschaft ist das Maß aller Dinge!“

Marc Beise

Beise ließ keinen Zweifel an seiner ordnungspolitischen Grundhaltung: „Die Marktwirtschaft ist das Maß aller Dinge!“ Die Zügellosigkeit des Finanzsystems sei nicht die Konsequenz der Marktwirtschaft, sondern die Missachtung wichtiger, sie konstituierender Regeln, sei Ursache der Krise. Diese Erkenntnis müsse nun international durchgesetzt werden.

Abschließend verwies Marc Beise noch auf die Lage der Mittelschicht, denn dort bahne sich zunehmend Verzweiflung an. Überbordende Bürokratie, steigende Belastungen durch die kalte Steuerprogression und die Dop-

pelbelastung von Beruf und Familie führten zu Frustrationen. Außer Lippenbekenntnissen täte die Politik zu wenig, um der Mittelschicht beizustehen. ■

Wolfgang Quaisser

„Soziale Marktwirtschaft ist kein Auslaufmodell“

Der bayerische Wirtschaftsminister Martin Zeil über die Herausforderungen der Wirtschaftskrise und die Rolle von Staat und Wirtschaft

„Der Staat darf nicht selbst Unternehmer oder Banker sein. Hier sind Grenzen erreicht oder schon überschritten.“ Mit diesen Worten umriss der bayerische Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) sein liberales Verständnis von der Rolle des Staates in den Zeiten der „schwersten Weltwirtschaftskrise seit 1929“. Zeil sprach zum Auftakt der Tagung „Verkaufte Freiheit? Gratwanderungen zwischen Kommerzialisierung und Autonomie“.

„Die Selbstheilungskräfte der Märkte allein reichen angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise nicht mehr aus. Staatliche Abstinenz ist in dieser Situation politisch nicht zu verantworten.“ So umriss Zeil die aktuelle wirtschaftspolitische Lage und widersprach der Ansicht, die Soziale Marktwirtschaft sei ein Auslaufmodell. Gleichzeitig sprach er sich gegen die „brandgefährlichen Ansätze zu Neo-Sozialismus und Protektionismus“ aus. Der Staat müsse mit ordnungspolitischem Augenmaß reagieren. Es sei sinnvoll gewesen, Bankenrettungsschirme aufzuspannen, dem Wirtschaftskreislauf wieder frisches Blut zuzuführen, Vertrauen zu schaffen und damit die Abwärtsspirale der Wirtschaft zu stoppen. Er verteidigte auch die bayerische Verschuldungspolitik mit rund 10 Milliarden wegen der Landsbankkrise: „Dazu gab es keine Alternative“.

„Laschheitswettbewerb“

Deutlich wandte sich der Wirtschaftsminister aber gegen Enteignungspläne der Bundesregierung und Zwangsverstaatlichungen: „Dies ist ein verheerendes Signal für private Investoren und für mich ist damit die Grenze zu einem anderen Staat überschritten“, sagte der FDP-Politiker und stellvertretende

bayerische Ministerpräsident. Zu den dringenden Aufgaben der Zukunft gehöre es, eine neue internationale Finanzarchitektur zu errichten: „Das alte Laissez-faire-System hat nicht zur Stabilität geführt.“ Der „Laschheitswettbewerb“ zwischen London und New York müsse nun ein Ende haben. Man



Martin Zeil: „Staatliche Abstinenz ist politisch nicht zu verantworten“

Foto: Schröder

brauche dringend „neue Leitplanken“, andererseits dürften die internationalen Finanzmärkte nicht „kaputt reguliert“ werden.

Zeil verlangte erneut Steuerentlastungen für den Mittelstand und Investoren und forderte eine ordnungspolitische Diskussion über die zukünftige Rollenverteilung und Trennung von Staat und Wirtschaft: „Da ist im Moment keine klare Linie erkennbar. Wir bewältigen die Herausforderungen der Globalisierung nicht durch Einrichtung nationaler Wärmestuben, während draußen der kalte Wind des Wettbewerbs weht“, sagte Zeil. Der Staat könne gegensteuern und habe die Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen sich dann eine

Soziale Marktwirtschaft mit Wettbewerb entfalten könne. Die beschlossenen Konjunkturpakete auf Bundesebene fanden trotz „Kritik im Detail“ seine Zustimmung: „Eine Blockade im Bundesrat wäre keine vertrauensbildende Maßnahme gewesen“. In dem Zusammenhang erwähnte Zeil auch die positiven Wirkungen des bayerischen „Beschleunigungsprogramms“, mit dem bereits geplante Investitionen vorgezogen werden. Sorge bereitet dem FDP-Mann Zeil die immense staatliche Neuverschuldung mit immer neuen Milliarden: „Irgendwann werden diese Rechnungen bezahlt werden müssen“.

„Bester Neo-Liberalismus“

Der Staat stelle nur die Regeln auf und sei Schiedsrichter, aber niemals Spieler: „Er darf der Wirtschaft kein Risiko abnehmen und kann nicht jede Insolvenz abwenden“. So würden Strukturen konserviert, die letztendlich wieder in den Abschwung führen.

Als Leitgedanken liberaler Wirtschaftspolitik nannte Zeil: Privatinitiative und Leistungsbereitschaft, eine freiheitliche, nicht strangulierende Ge-

„Der Staat kann nicht jede Insolvenz abwenden“

setzgebungskultur, Chancengerechtigkeit im Bildungswesen und die Förderung der dynamischen Kräfte in Kunst, Kultur und Wissenschaft. „Das ist Neo-Liberalismus im besten Sinn und kein Auslaufmodell. Dazu gibt es keine Alternative. Wir brauchen keine neue Wirtschaftsordnung“, sagte der bayerische Wirtschaftsminister. ■

Michael Schröder

Ausverkauf der Freiheit?

Gratwanderungen zwischen Kommerzialisierung und Autonomie in der Wirtschaftskrise

Immer mehr Lebensbereiche sind in den letzten Jahren dem ökonomischen Denken und marktradikalen Kriterien unterworfen worden. Ehemals autonome Bereiche, die bislang vom Kosten-Nutzen-Denken der Wirtschaft frei waren, sind erobert worden. Andererseits ruft die Wirtschaft in der aktuellen Krise vermehrt nach dem starken und helfenden Staat, den man bis dahin gerne ganz außen vor gelassen hatte. Die Tagung „Verkaufte Freiheit? – Gratwanderungen zwischen Kommerzialisierung und Autonomie“ nahm sich die Themen Kunst, Wissenschaft und Medien vor und fragte nach dem zunehmenden Einfluss ökonomischen Denkens.

Cathrin Klingsöhr-Leroy, künstlerische Direktorin des Franz Marc Museums in Kochel am See, sieht eine deutliche „Ökonomisierung der Museumswelt“. Sie spannte den Bogen vom Museum als Musentempel früherer Zeiten mit hoher Schwellenangst zum heutigen Erlebnisort für breite Bevölkerungsschichten. Das zeitgenössische Publikum erwarte einen Museumshop, ein Restaurant und einen Audioguide, mit dem man sich unabhängig von Gruppen und mit autonomer Zeit- und Raumplanung im Museum bewegen könne.

Sinnbild für die „Demokratisierung des Museums“ seien die veränderten Eingangsbereiche, die manchmal eher an Flughäfen und Einkaufspassagen erinnerten. „An Museen werden heute Ansprüche wie an Unternehmen gestellt“, sagte die promovierte Kunsthistorikerin: „Die Besucherzahlen sind der Maßstab für Erfolg. Wir werden gefragt: Rechnet sich eine Ausstellung?“ Wichtig sei deshalb ein werbewirksamer Auftritt – bis zu 25 Prozent der Gesamtkosten einer Ausstellung entfielen auf die Werbung einschließlich einem einprägsamen Logo. Manchmal würden Kunstwerke so geradezu „gebrandmarkt“, weil das Logo überall erscheinen muss.

Kulturtourismus

Selbstverständlich sei heute die Einbindung von Museen in den Kultur-

tourismus, was nicht nur Vorteile bringe. Zwar seien die Übernachtungszahlen in Kochel am See seit der Neueröffnung des Museums im Sommer 2008 um zehn Prozent gestiegen. Aber gelegentlich setzen sich Tourismusmanager über die kunsthistorische Wahr-



Cathrin Klingsöhr-Leroy: „Ökonomisierung der Museumswelt“

Fotos: Brandt/Schröder

heit hinweg, um einen Künstler oder ein Museum in einer Region besser vermarkten zu können. Diese Gratwanderung dürfe nicht zu Lasten der Kunst gehen, sagte Klingsöhr-Leroy.

Offen für Experimente zeigte sich die Museumsdirektorin bei der Öffnung für neue Zielgruppen. So lässt sie derzeit in Zusammenarbeit mit der örtlichen Grundschule und der Stiftung

Hören einen Audioguide von Kindern für Kinder entwickeln.

Bei allem ökonomischen Anspruch der Betreiber eines Museums gebe es eine Verantwortung für den Künstler, sein Werk und die Besucher. Es führe zwar kein Weg zurück zum verschlossenen Musentempel früherer Zeiten, aber die Authentizität und Originalität des Kunstwerks müsse gewährleistet sein. Das beginne bei der Architektur, der Präsentation, der Rahmung und Hängung. Bei der Atmosphäre eines Museums dürfe es keine Verwechslung mit Alltagsräumen geben. Geräusche, Musik und Stimmen dürften nicht stören bei der Betrachtung von Kunst: „Das Werk muss belastungsfrei im Zentrum stehen. Das Museum darf nicht Bühne und Kulisse werden für etwas, das mit dem Werk nichts zu tun hat. Bei mir wird es keine Modeschauen und Automessen geben“, sagte die Kocheler Museumsleiterin.

Aus einer anderen Perspektive ging Klaus von Gaffron das Thema „Kunst und Kommerz“ an. Er ist nicht nur seit fast 40 Jahren bildender Künstler, sondern seit Beginn der 90er Jahre auch Vorsitzender des Berufsverbands Bildender Künstler in Bayern und damit Lobbyist und Interessenvertreter seiner Zunft gegenüber der Politik und Gesellschaft.

Erpressbare Künstler

Er sieht Kunst als Beruf und damit als Erwerbstätigkeit. Zwar sei Kunst nicht in erster Linie an Verkaufbarkeit orientiert, andererseits sei der Verkauf Grundlage einer notwendigen Existenzsicherung. Künstler müssten die Regeln des Marktes kennen und beherrschen. Gaffron beklagte einen „Wildwuchs der Vermarktung“, der erpressbare und abhängige Künstler hervorbringe, die häufig unter Preis verkaufen. Schuld daran seien auch die „Schwarzarbeiter des Kunstmarktes“,



die nach ein paar Aquarellkursen in der Volkshochschule ihre Bilder für 200 Euro in den Foyers von Rathäusern und Sparkassen anbieten. Hier verlangte Klaus von Gaffron mehr Verständnis von den Verantwortlichen für die Belange des professionellen Künstlers. Es sei zwar zu begrüßen, dass Firmen junge Künstler zwecks Imageförderung finanzieren, aber eine gezielte Förderung ohne Kommerzgedanken im Hinterkopf wäre hilfreich.

Wandschmuck im Wartezimmer

Der freie Beruf des Künstlers, der häufig um seine Unabhängigkeit beneidet werde, könne sich heute keine schwächeren Kreativphasen mehr leisten: „Kunst ist ein Anlagewert geworden und hat keinen Freiheitswert mehr“,



Klaus von Gaffron: „Wildwuchs der Kunstvermarktung“

sagte Gaffron. Vehement forderte der Verbandschef, dass Künstler von ihrer Arbeit leben können müssen und nicht auf Zweitjobs angewiesen seien, um Material und Atelier bezahlen zu können. Ateliers in München seien kaum noch zu finanzieren, weshalb viele Künstler in das billigere Berlin abwanderten. Bei einem Durchschnittseinkommen von 9000 bis 11000 Euro brutto pro Jahr müsse die Gesellschaft mehr Verständnis dafür aufbringen, dass qualitativ hohe Kunst von akademisch und professionell ausgebildeten Künstlern ihren Preis haben müsse. Es

dürfe nicht länger angehen, dass Ausstellungen häufig finanziell zu Lasten der Künstler gingen, weil sie auch noch Werbung und Transport bezahlen müssen und sich „Zahnärzte und Rechtsanwälte mit Kunst in ihrem Wartezimmer schmücken“, sagte Gaffron.

Freiheit und Profit im Einklang?

„Erkennen muss dem Anwenden vorausgehen“. Mit diesem Zitat von Max Planck wies Enno Aufderheide, Leiter der Abteilung Forschungspolitik der Max-Planck-Gesellschaft, auf die Problematik für Wissenschaftler hin, die bei der kommerziellen Nutzbarma-



Enno Aufderheide: „Erkennen braucht Freiheit“

chung von Forschung entsteht. „Erkennen braucht Freiheit, die man nicht verordnen kann, auf der anderen Seite liegt im Anwenden eine Verlockung.“ Oftmals sei „der Grat zwischen der Freiheit, die das Erkennen braucht, und dem Profit, den das Anwenden verspricht, so schmal, dass die Betroffenen selber manchmal gar nicht merken, wenn sie abstürzen“.

Aus der Perspektive der Unternehmen sei die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft eine wichtige Basis für den Unternehmenserfolg. Mit Blick auf Kriterien wie Produktinnovation und Erschließung neuer Märkte hätten Unternehmen mit Wissenschaftsbasis einen doppelt so hohen Erfolg wie Unternehmen, die nicht mit der Wissen-

schaft zusammenarbeiten. Der Wissenschaft sei die Erzielung von kommerziellem Erfolg „zwar nicht gerade ans Herz gewachsen“, jedoch liege ein wichtiger Anstoß darin, mit dem Know-how der Industrie die wissenschaftlichen Ziele besser zu erreichen. Auch die gesteigerten Möglichkeiten der Forschungsfinanzierung und die durchaus vorhandene Reputation durch die Anwendung wissenschaftlicher Ergebnisse seien wichtige Kooperationsmotivationen für die Wissenschaft, in selteneren Fällen auch die Einkommenserhöhung einzelner Wissenschaftler.

Gefährliches Drängen

Aufderheide unterstrich auch die oftmals übersehene Rolle des Staats bei der Kommerzialisierung der Wissenschaft. Dieser ermutige und initiiere regelmäßig die Kooperationen von Wissenschaft und Wirtschaft, zumal davon eine statistisch leicht nachweisbare erhebliche Wirtschaftskraft ausgeht. „Ermutigung ist gut, Drängen aber gefährlich“, so Aufderheide. Die Initiativen des Staates müssten dort ihre Grenzen finden, wo ein zu starker Anwendungsbezug der Forschung der Wissenschaft die Basis wegzuschneiden drohe.

Grundsätzlich sieht Aufderheide viele Beispiele und Möglichkeiten, Freiheit und Profit in Einklang zu bringen – jedoch nur unter bestimmten Bedingungen: Um die Autonomie der Wissenschaft zu sichern, müssten Wissenschaftler selber entscheiden können, welchen Forschungsfragen sie nachgehen. Auch die Zulassung verschiedener Organisationsformen der Wissenschaft gehöre dazu, also Institutionen der Grundlagenforschung, aber auch solche, die sich ganz der angewandten Forschung widmen. Aufderheide sieht es als zu verhinderndes Szenario an, dass Drittmittel womöglich nur noch aus der Industrie kämen. Die fachliche Reputation, (immer noch) maßgebliche Triebfeder für Wissenschaftler, solle nach wie vor durch Grundlagenforschung eingestrichen werden können, nicht nur durch die bejahende Antwort auf die Frage „Haben Sie ein Unternehmen gegründet?“.

Den Wandel und Wechsel der Fernsehprogramme seit der Einführung des kommerziellen Rundfunksystems vor 25 Jahren beschrieb der Eichstätter Journalistikprofessor Walter Hömberg. Zunächst habe sich die Zahl der durchschnittlich empfangbaren Sender von 3 Anfang der 80er Jahre auf rund 60 heute erhöht. Damit einhergegangen ist die Ausweitung der Sendezeit rund um die Uhr. Testbilder und Sendepausen seien ein Relikt der Vergangenheit, sagte Hömberg. Und mehr Sendezeit bedeutet auch mehr Nutzung: Lag die durchschnittliche Sehdauer Anfang der 80er Jahre noch bei rund 120 Minuten täglich, sind es heute 245.

Magazinisierung

Hömberg sieht einen Formatwechsel: Die durchgehende Magazinisierung und Serialisierung der Programme führten zu einer höheren Zuschauerbindung und damit zu höheren Einschaltquoten, die wiederum direkten Einfluss auf die Werbepreise hätten, von denen die privaten Sender ausschließlich leben. Die Halbwertszeit der Programme werde kürzer und häufiger werde auch nur „alter Wein in neuen Schläuchen“ angeboten, wie zum Beispiel bei den inflationären Quizformaten: „Aber modern heißt das dann Retrotrend“.

Anziehen der Reizschraube

Außerdem erkennt der Eichstätter Medienexperte einen „Schichtwechsel“, einen Strukturwandel der Medienprominenz und einen „Personalwechsel“: „Die Reizschraube wird immer weiter angezogen und aus gepflegten Gesprächen werden ‚Brüllshows und Konfro-Talks‘, bevorzugt am Nachmittag“. Aus dem Experten-TV früherer Jahre wurde mehr und mehr das Betroffenen-TV: Randgruppen kommen zu Wort, der Prolo-Touch einer Sendung wird zum Quotenbringer. Real-Life-Formate wie das Container-TV „Big Brother“ regen längst nicht mehr auf. Da muss man schon im „Dschungel-Camp“ zu Kakerlaken, Käfersaft und einem Cocktail aus Milch und Kängurupenis greifen, um

noch Aufmerksamkeit zu erregen. Begleitet wird diese neue „Luderliga der Medienprominenz“ dann von einer kampagnenartigen Entrüstungspublizistik auf dem Boulevard, die Hömberg als „Pharisäer-Journalismus“ bezeichnete. Das Nutzungsverhalten hat sich

tige Währung für den Erfolg eines Senders und damit für die Höhe der Werbeeinnahmen. Diese Quotenfixierung hat zu einem bedenklichen Wettlauf und oft absurder Programmplanung geführt: Ende Januar 2009 stellte das ZDF mit Gottschalks „Wetten

„Jeder ist sein eigener Programmleiter und zerfleddert das angebotene Programmbuffet mittels Switchen und Zappen zu einer ‚Scherbenwelt‘.“

Walter Hömberg

seit Einführung der Fernbedienung grundlegend geändert: Während sich früher die Familie um das Lagerfeuer Fernsehapparat versammelte, finden sich die Generationen heute getrennt vor ihren eigenen Geräten wieder.



Walter Hömberg: *Fragwürdige Fixierung auf die Einschaltquote*

Jeder ist sein eigener Programmleiter und zerfleddert das angebotene Programmbuffet mittels Switchen und Zappen zu einer „Scherbenwelt“. Und dies alles wegen der Fixierung auf eine fragwürdige Quote, die allerdings gül-

dass, ...?“ einen traditionellen Quotenbringer gegen die letzte Folge des „Dschungel-Camps“ und konnte mit der berühmt gewordenen „Tierkot-Wette“ gegen das Ekelprogramm bei RTL punkten. Vier Wochen später ob siegte Gottschalk wieder. Dieses Mal mit 9,66 Millionen Zuschauern gegenüber 4,99 Millionen bei Dieter Bohlen's Casting-Show „Deutschland sucht den Superstar“ auf RTL. Aber Gottschalk hatte ja auch Boris Becker auf der Couch, der seinen neuen Heiratstermin öffentlich machte.

Die „Ökonomisierung des Programms“ führt laut Hömberg zu vermehrtem Einfluss der Wirtschaft auf Inhalte über die Instrumente Sponsoring und Schleichwerbung, was wiederum die Glaubwürdigkeit des Mediums verringere. Typisch für die Fernsehlandschaft der Gegenwart seien „neue Programmgrundsätze“, deren drei Kernsätze dem früheren RTL-Chef Helmut Thoma zugeschrieben werden: „Programm muss billig, bunt und bewegt sein. Im Seichten kann man nicht ertrinken. Und der Wurm muss dem Fisch schmecken, nicht dem Angler“. ■

Gero Kellermann/
Michael Schröder

Linktipps:

www.franz-marc-museum.de

www.klaus-von-gaffron.de/

www.bbk-bayern.de/

www.mpg.de/

www.ku-eichstaett.de/Fakultaeten/SLF/jour

Der Kommerz in der entzauberten Moderne

Üblerweise geht es beim Kommerz um den Tausch von Geld gegen Ware oder Dienstleistung, letztlich also um eine alltägliche Geschichte. Dass die Wurzeln des Kommerzes tiefer liegen, verdeutlichte Pfarrer Jochen Wagner, Studienleiter an der Evangelischen Akademie Tutzing im Rahmen der Tagung „Verkaufte Freiheit?“.

Die begrifflichen Ursprünge des Kommerzes (commercium) liegen im Handelswesens der Antike und meinten schon damals den Verkauf und Austausch von Waren, darüber hinaus auch Formen der zwischenmenschlichen Kommunikation. Die Theologie, so Wagner, machte sich diesen aus der Profanität herrührenden Begriff nutzbar, um einen Tausch oder Wechsel von etwas anderem zu veranschaulichen: das „commercium admirabile“ (die wundersame Verwandlung) beschreibt, dass, so wie der Kaufmann Waren gegen Geld wechselt, Jesus das versehrte gegen das unversehrte Leibleben tauscht, die Sünde gegen das ewige Leben. „Admirabile“ ist dieser Wechsel deswegen, da hier etwas quasi vermählt wird, was eigentlich nicht zusammenpasst: So wird der Tod gegen die „perfectio“ der göttlichen Herrlichkeit getauscht, die sich nach der Konstruktion der Dogmatik in der Koinzidenz des Schönen, Guten und Wahren ausdrückt.

Glückversprechen Lamborghini

Kann der Kommerz, so wie er unsere heutige Welt prägt, in die Nähe dieser theologischen Erbmasse, dieser Metaphysik gerückt werden? Die Antwort von Wagner lautet: ja. Beim Thema Kommerz würden elementare menschliche Bedürfnisse verhandelt und zeittypische Tendenzen sichtbar.

Wagner stellte heraus, dass auch im heutigen profanen Kommerz wunderliche Vermählungen eine Rolle spielen, deutlich zu sehen bei der Leiblich-

keit. Das Streben nach Topform ist der versuchte Wechsel des nichtperfekten in den perfekten Körper. Auch der Aufwand, der für schöne Kleidung getrieben werde, drücke die eigene Unperfektheit aus. Schöne Dinge, wie auch ein Lamborghini, tragen ein Glückver-



Jochen Wagner: Reflexionen über das „commercium admirabile“

Foto: ms

sprechen in sich, welches wir selbst nicht haben. Dies führt im Extremfall dazu, dass wir „von morgens bis abends mit Superlativen gedopt werden und uns alles, was nicht top ist, aus den Händen rutscht.“

„Das Streben nach Topform ist der versuchte Wechsel des nichtperfekten in den perfekten Körper.“

Doch sind diese schönen, schnellen und berausenden Dinge auch gut und wahr gemäß der vorgenannten metaphysisch-religiösen Diktion?

Wagner diagnostizierte eine Ablösung des Schönen vom Wahren und Guten. Als einen Grund dafür sieht Wagner den „Schock der Aufklärung“ und das „Trauma der Moderne“, nämlich dass der „Himmel leer sein“ könnte. Nach Walter Benjamin wird, wo dieses Trauma droht, „Metaphysik in Technik umgeschmolzen“, „alles, was Gott verheißt wird“, zum technischen Projekt. Die höchste Abstraktionsstufe des Tausches, so Wagner, haben wir durch die Möglichkeiten der Stammzellenforschung erreicht, der Entdeckung der Geschöpflichkeit als Projekt der Perfektion. Die zeitgenössische Orientierung an der instrumentellen Vernunft führt, wie Wagner unter Hinweis auf Foucault ausführte, zur Ausgrenzung dessen, was nicht gesellschaftlicher Konformität entspricht – unter Verlust von sozialmoralischen Ressourcen wie Empathiekraft und Solidarität.

„Sich Spüren“

Was setzt sich an die Stelle der alten Transzendenz? Wagner spricht von einem Drang des „Sich Spürens“ im Weg der Artistik (Gottfried Benn). Das heute praktizierte „commercium admirabile“ liege, wie sich an Extremsportarten, Hochglanz-Events und dem Beschleunigungsrausch zeigt, in einer „geschöpflichen Lust am Selbermachen“ – die letzte Transzendenz einer entzauberten Moderne. Die wundersame Verwandlung sei nunmehr das Extrem ohne Unglück, das Glück ohne Crash. So könne die dröge Langeweile des Alltags, das gelernte Konsumieren in Andacht und Gehorsam, in „gefühltes Wissen“ umgemünzt werden.

Wohin können das Umschmelzen von Metaphysik in Technik sowie der Konsum und das einzelgängerische Selbstspüren der Menschen führen? Dies kann, so Wagner, darauf hinauslaufen, dass wir unsere Allmacht gegen die Natur ausspielen und uns selber ruinieren – oder aber wir verwandeln unsere technische Potenz „wundersam“ in Liebe und Selbstbegrenzung. ■

Gero Kellermann

Fels in der Brandung der Finanzkrise

Bilanz zum 10. Geburtstag des Euro

Am 31. Dezember 1998 wurden die Wechselkurse jener EU-Währungen endgültig fixiert, die sich entsprechend den Maastricht-Kriterien für die Teilnahme an der europäischen Gemeinschaftswährung qualifiziert hatten. Einen Tag später wurde der Euro gesetzliche Buchungswährung, die Bargeldeinführung erfolgte drei Jahre später. Den zehnten Geburtstag des Euro nahm die Akademie zum Anlass, Bilanz zu ziehen.

Der Euro-Einführung waren heftige Debatten in Öffentlichkeit und Wissenschaft um die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Erfolg der Gemeinschaftswährung vorausgegangen. Joachim Starbatty, der zu den Euro-Skeptikern der ersten Stunde gehörte und einst mit anderen Ökonomen beim Bundesverfassungsgericht gegen die Einführung der Gemeinschaftswährung klagte, zog eine eher kritische Bilanz. Er verwies darauf, dass der fehlende Währungswettbewerb in der Eurozone die Wachstums- und Inflationsraten habe auseinanderdriften lassen. In der Finanzkrise erweise sich die Währungsunion als eine kostenlose Rückversicherung der schwächeren Euroländer mit einer höheren Verschuldung und Inflation. Aus der vermeintlichen Stabilitätsgemeinschaft sei eine „Haftungsgemeinschaft“ geworden, weil letztlich bei realistischen Wechselkursen die Starkwährungsländer entsprechende Ressourcen für deren höheren Lebensstandard und Vermögensbildung bereitstellen müssten.

Reservewährung

Dieser Einschätzung folgten die meisten Wissenschaftler in der anschließenden Podiumsdiskussion nicht. Für Peter Hampe lag der kaum zu überschätzende Vorteil des Euro darin, dass sich das Wechselkursrisiko insbesondere für die stark exportabhängige deutsche Wirtschaft deutlich reduziert habe. Für den ehemaligen Bundesbankchef Helmut Schlesinger erwies sich der Euro ebenso als Erfolg. Dies komme auch darin zum Ausdruck, dass

er sich als internationale Reservewährung etabliert habe, was viele, insbesondere aus dem angelsächsischen Raum, so nicht vorausgesagt hätten.

Expansive Geldpolitik

Schlesinger sah trotz gewisser Skepsis gegenüber der Aufweichung des Stabilitätspaktes auch positive politische Implikationen, die sich aus der gemeinsamen Währung ergäben. Die starke

in den 1990er Jahren. Kritisch äußerte sich Schlesinger über die expansive Geldpolitik in der jetzigen Krise. Die Erfahrung zeige, dass man relativ rasch Geld in die Wirtschaft pumpen könne, die Liquidität wieder aus den Markt zu nehmen, sei allerdings ungleich schwieriger.

D-Mark überfordert

Theo Waigel, Bundesfinanzminister von 1989 bis 1998 und maßgeblich an den Grundsatzbeschlüssen zum neuen Währungssystem beteiligt, zieht eine positive Zwischenbilanz des Euro. Obwohl die Klagen über eine angeblich zu hohe Inflation und Staatsdefizite in der Eurozone nicht abbrechen, sei die Gemeinschaftswährung ein außerordentlicher Erfolg. „Der Euro hat



Drei Jahre nach der Einführung des Euro als Buchgeld kam das Bargeld 2002 in Umlauf

gegenseitige Abhängigkeit mache nationalstaatliche Eskalationen in Europa immer unwahrscheinlicher. Der Euro sei ein Motor der Integration, auch wenn er gelegentlich stottert, wie der Lissabon-Vertrag zeige. Die Fokussierung auf die wachsenden Inflationsdifferenzen in der Eurozone, wie sie Starbatty herausstelle, übersehe die ungeheure Konvergenz der monetären Indikatoren aller Euro-Anwärter

sich in der Finanzkrise als Fels in der Brandung erwiesen. Die D-Mark als Ankerwährung wäre gnadenlos überfordert gewesen“ – so Waigel. Deshalb würden nicht wenige der bisher „euroskeptischen“ Länder erneut über einen Beitritt zu der nunmehr aus 15 EU-Staaten bestehenden Eurozone nachdenken. Vor allem die neuen östlichen EU-Mitgliedsländer wünschen sich den Euro, denn er würde ihnen in der



aktuellen Krise die notwendige Stabilität bieten. Bisher war einzig die Slowakei im Januar 2009 imstande, diesen Schritt zu gehen. Doch nach Jürgen Jerger, Direktor des Osteuropa-Instituts Regensburg, erfülle im Moment kein anderes Land die notwendigen Inflations- und Verschuldungskriterien. „Die Eurozone werde in naher Zukunft deshalb nicht weiter anwachsen“ – so Jerger.

Auch Jürgen Stark, Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der Europäischen Zentralbank (EZB), warnte vor einer überhasteten Euro-Einführung in weiteren EU-Ländern, denn strukturelle Anpassungen und monetäre Konvergenz seien die im Maastricht-Vertrag festgelegten Voraussetzungen. Der Euro und die gemeinsame europäische Geldpolitik konnten in der vergangenen Dekade Erfolge verzeichnen, „die selbst für ausgewiesene Optimisten undenkbar schienen“, sagte Stark.

Vorsicht in der Krise

Die in der Eurozone auftretenden Spannungen, so die steigenden Zinsmargen zwischen Staatsanleihen, sah er nicht als ernste Gefahr für die Eurozone. Auch in den USA seien ver-



Hier wachen die Währungshüter über die Stabilität des Euro: die Europäische Zentralbank (EZB) im Frankfurter Euro-Tower



*Zogen eine positive Euro-Bilanz: (von links) Jürgen Stark, Theo Waigel und Jürgen Jerger
Foto: Richter*

gleichbare „Spreads“ zwischen den einzelnen Bundesstaaten zu beobachten. Der europäische Zentralbanker betonte, dass es in der Währungsunion explizit keine Verpflichtung zur finanziellen Stützung von Mitgliedern der Eurozone gebe. Eine gemeinsame „Euroanleihe“ sei im Moment nicht vorgesehen und die EZB sei, im Gegensatz zur amerikanischen Zentralbank FED, ausschließlich der Preisstabilität verpflichtet. Letztlich begründe dies auch das vorsichtiger Vorgehen der EZB in der aktuellen Krise.

Kritisch beleuchtete Manfred Neumann von der Universität Bonn die EZB-Geldpolitik aus monetaristischer Sicht. Zwar sei es der EZB gelungen, den Euro als anerkannte Weltwährung zu etablieren und Glaubwürdigkeit in der Inflationsbekämpfung als wichtiges Vertrauenskapital zu erlangen. Dennoch sei zu fragen, ob die EZB nicht doch eine zu expansive Geldpolitik betrieben und damit ihrerseits die Bedingungen zum Entstehen der schweren internationalen Finanzkrise geschaffen habe. Neumann sieht in den systematisch zu niedrigen Inflationsprognosen und den sich daran orientierenden Zinsen einen wichtigen Indikator für eine zu expansive Geldpolitik.

Abschließend wurden die Ursachen der Finanzmarktkrise und mögliche Lösungsansätze zu ihrer Überwindung diskutiert. Der Kapitalmarktexperte Bernd Rudolph identifizierte das Platzen der amerikanischen Immobilienblase als Auslöser der Finanzmarktkrise. Ihre Ausbreitung zur globalen Wirtschaftskrise sei nur mit Hilfe der Streuung der neuen „toxischen Wertpapiere“ auf den internationalen Finanzmärkten möglich gewesen.

Martin Hüfner, ehemaliger Chefvolkswirt der Hypo-Vereinsbank, regte an, die üblichen Bilanzierungsverfahren der Banken für einige Zeit außer Kraft zu setzen, um weitere Bankenpleiten zu verhindern.

Sven Giegold, Mitbegründer von Attac Deutschland, sah sich in der von ihm schon immer vorgebrachten Forderung nach einer strikten Regulierung der Finanzmärkte bestätigt. Erste Ansätze einer solchen Überwachung sind im April auf dem internationalen Finanzgipfel verabschiedet worden, doch wird ihre konkrete Gestaltung noch etliche Zeit in Anspruch nehmen.

■ *Wolfgang Quaisser*

Siehe Presseschau Seite 31

Einige Tagungsbeiträge wurden im ifo Schnelldienst Nr. 5, 2009 veröffentlicht. Tagungsmaterialien sowie die Reden von Theo Waigel und Jürgen Stark sind auf der Internetseite der Akademie nachzulesen:
<http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/index.php?id=41#c5331474>

Staatliches Handeln zwischen Freiheit und Sicherheit

John Stuart Mill vertrat die Auffassung, dass der einzige Grund, die Freiheit einzuschränken, die Sicherheit beziehungsweise der Selbstschutz sei. Doch wie viel Platz kann die Freiheit der Sicherheit einräumen, ohne sich selbst aufzugeben? Diesen Fragen gingen Experten aus den Bereichen Verfassung, Innere Sicherheit und Datenschutz nach.

Meinhard Schröder von der Universität München führte in die verfassungsrechtlichen Grundlagen von Freiheit und Sicherheit ein. Hinsichtlich des staatsrechtlichen Sicherheitsbegriffs unterschied Schröder zwischen der Sicherheit vor Dritten, die Sicherheit vor dem Staat und die Sicherheit durch den Staat. Als Grundlagen der Freiheit des Grundgesetzes präsentierte Schröder die institutionellen Sicherungen wie das Prinzip der „wehrhaften Demokratie“ und die Gewaltenteilung. Außerdem analysierte er die Freiheitsrechte, die ein hohes Konfliktpotenzial hinsichtlich der Sicherheit haben, wie den Schutz der Wohnung, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis und das Grundrecht auf „Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme“. Unter Einbeziehung der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts stellte er die verfassungsrechtliche Dimension derzeit diskutierter Konfliktfälle dar: von den Grenzen für den Staat, Daten zu sammeln und zu speichern, bis zu den Einschätzungs-, Wertungs- und Gestaltungsfreiheiten des Staates bei der Erfüllung seiner Schutzpflichten.

Umstrittenes BKA-Gesetz

Eine der gesetzgeberischen Maßnahmen, die die Neujustierung von Freiheit und Sicherheit betreffen, ist die umstrittene Neufassung des BKA-Gesetzes (Gesetz zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus durch das Bundeskriminalamt), die im Januar 2009 in Kraft getreten ist.

Klaus Kempfner vom bayerischen Innenministerium zeichnete die Entstehung des Gesetzes nach und erläuterte

die wichtigsten Inhalte. Deutschland ist wie andere Länder auch mit einer Vielfalt sicherheitspolitischer Herausforderungen konfrontiert. Als eine Ant-



Marie-Theres Tinnefeld plädierte für eine Allianz von Datenschutz und Technik
Foto: Brandt

wort darauf sollen durch das Gesetz dem BKA weitere Befugnisse eingeräumt werden. Dies führt dazu, dass das BKA neben die Polizeihochheit der Länder tritt. Zu den ermöglichten Maßnahmen gehören zum Beispiel Befragung und Auskunftspflichten, der Einsatz technischer Mittel in oder aus Wohnungen (Abhörmaßnahmen), der verdeckte Eingriff in informationstechnische Systeme (Computer, digitale Anrufbeantworter) und die Telekommunikationsüberwachung. Kempfner stellte dabei die Sicherungen zum Schutz der grundrechtlichen Gewährleistungen dar, wie etwa verfahrensrechtliche Sicherungen (wie den Richtervorbehalt) und den Schutz von Berufsgeheimnisträgern wie Pfarrern, Anwälten und Ärzten. Inzwischen sind Verfassungsbeschwerden gegen das Gesetz in Karlsruhe eingereicht worden.

Mit dem Verhältnis von Freiheit und Sicherheit im Internet beschäftigte sich die Rechtsprofessorin Marie-Theres Tinnefeld aus München. Inzwischen stelle das Internet einen „Allrounder“ dar: Per Mausclick recherchieren wir, kaufen, lesen Bücher und Zeitungen, überprüfen unsere Bankkonten und werden zu Mitbietern bei ebay. Auch sei die Pflege von beruflichen und privaten Kontakten ohne das Medium kaum mehr denkbar. Es lässt sich, so Tinnefeld, vom Lebensstil der „Digital Natives“ sprechen: Dies seien jene jungen Menschen, die im Umgang mit dem Internet sehr firm sind, oftmals jedoch kein Bewusstsein über die Folgen der weltweiten Veröffentlichung von persönlichen Daten besitzen. So würden jede Menge Datenspuren hinterlassen, mit denen die Wirtschaft einen schwunghaften Handel treibt. Zur Verhinderung dieser und anderen Gefahren im Internet plädierte Tinnefeld für eine „Allianz von Datenschutz und Technik“. Die Mittel dazu sind zum einen technische Verfahren zur Sicherheit beim Datenschutz, aber auch Rechtsnormen wie das neue „IT-Grundrecht“.

Einen Blick in die unmittelbare Praxis des Problemfeldes Freiheit und Sicherheit ermöglichten Kriminaldirektor Lothar Köhler vom bayerischen Innenministerium und der Polizeipräsident von Mittelfranken Gerhard Hauptmann. Köhler betonte, dass die Polizei bezüglich der Sammlung von Daten auch auf das Vertrauen der Bürger angewiesen sei.

Polizeipräsident Hauptmann ging auf Probleme ein, denen die Polizisten zur Zeit vermehrt begegnen. Insbesondere betrunkenen Jugendliche nehmen neuerdings einen großen Teil der Polizeiarbeit ein. Er bestätigte Presseberichte, nach denen bei Jugendlichen der Alkoholkonsum beträchtlich gestiegen ist. ■

*Felicia Brandt /
Gero Kellermann*

Selbstbestimmung im Zeitalter der Biopolitik

Wer begründet sagen will, wann Leben beginnt, wann ihm Würde und entsprechender Schutz zukommen, der muss zunächst wissen, was das Leben ist. Weil ein klarer Begriff davon den Maßstab für gerechtes Handeln darstellt, kommt auch politische Bildung nicht um diese Frage herum. Sie zu beantworten ist freilich beschwerlich, denn in diesen Fragen ist nichts offensichtlich.

Aristoteles bietet eine Definition des Lebens, deren Erkenntniswert schon deshalb groß ist, weil ihr wohl kaum jemand zustimmen möchte: Leben, so Aristoteles, sei der höchste Ausdruck geistiger Betätigung. Statt aber das Leben als Ausdruck des Denkens anzusehen, würden wir wohl eher meinen, dass zunächst das Leben bestehe und man dann nachträglich auch noch darüber nachdenken könne.

Das Denken ist allenfalls ein Spiegel des Lebens, doch nicht das Leben selbst. Arbogast Schmitt von der Universität Marburg zeigte damit zwei grundsätzlich unterschiedene Positionen zur Sache des Lebens (und des Denkens) auf. Diese bleiben nicht ohne Folgen: Die Leistung des Denkens ist das Unterscheiden und damit das Erkennen. Wer nicht unterscheiden kann, der merkt, denkt und erkennt nichts. Das Denken ist auf nichts anderes als auf sich selbst angewiesen, deshalb bezeichnet es Aristoteles als lustvoll und höchst erfreulich.

Zeichen des Lebendigen ist es folglich, einen Unterschied von sich selbst und zu anderen zu machen. Indem es sich entwickelt, unterscheidet Lebendiges sich selbst. So ist der Mensch Embryo und Fötus, dann Kind und Erwachsener und schließlich ein Greis. Zudem unterscheidet sich Lebendiges immer auch von anderen Lebendigen: Mit diesem pflegt es Umgang, mit jenem aber nicht usw. .

Das Ziel dieses Lebens ist es, möglichst klar ausgeprägte und reichhaltige Unterscheidungen vorzunehmen. Erst wenn man auf dem Wege des Unterscheidens mit sich selbst einig geworden ist, wird man auch selbstbestimmt und frei sein können.

Denken macht keinen Unterschied

Ganz anders stellt sich die Sache dar, wenn man in der philosophischen Tradition der Stoa das Leben als bestimmt vom Trieb der Selbsterhaltung ansieht. Das Bewusstsein kommt hier erst ins Spiel, nachdem das Lebensziel bereits



Arbogast Schmitt zeigte zwei grundsätzlich unterschiedliche Positionen zur Sache des Lebens auf

Fotos: Jonietz

feststeht. Das Denken macht keinen Unterschied, denn selbstbestimmt ist das Leben schon von Anfang an. So geht es hier auch nicht darum, sich von sich selbst zu unterscheiden. Vielmehr soll die Ausweitung der Verfügbarkeit die Verwirklichung seiner selbst erbringen.

„Urrecht auf Dasein“

Wenn menschliches Leben besonders durch seine „Würde“ ausgezeichnet wird, worauf begründet sich diese dann und wie wird sie verwirklicht? Dies war die Frage von Thomas S. Hoffmann

von der Universität Bonn. Er antwortete im Rückgriff auf die Philosophie des deutschen Idealismus mit dem Entwurf einer reflexiven Begründung der Menschenwürde: Würde ist hier nicht die private Eigenschaft eines Menschen, sondern sie ist der Begriff der Einheit mehrerer Individuen. Als Beziehungsbegriff begründet sie einen öffentlichen Raum, der durch wechselseitige Anerkennung bestimmt wird. Das bedeutet nicht, es dem Konsens oder einer Mehrheit zu überlassen, wer zur Würdegemeinschaft gezählt wird und wer nicht. Vielmehr ist es die Existenz des anderen, die sein „Urrecht auf Dasein im Raum“ (Fichte) begründet. Wir sind verantwortlich, dem Anspruch des Anderen gerecht zu werden.

Reflexivität der Würde

Die Verweigerung würdiger Behandlung ist daher ebenso sehr eine Aussage über uns selbst: Wir verhalten uns dabei unwürdig und sind ungerecht. Hierin liegt die Reflexivität der Würde. So kann man definieren: Die würdeerhaltende Handlung eröffnet immer den Raum der Begegnung für das Selbstsein des Anderen. Würde erweist sich im Verzicht auf das Verfügen über den Anderen, eben im Leben lassen. Am Lebensanfang wie an dessen Ende bedeutet dies anzuerkennen, dass der andere zunächst sein eigener Zweck ist. Ein Sterben in Würde bedingt daher kein Recht auf Getötetwerden, sondern es erfordert die Fürsorge und Hineinnahme in die Gemeinschaft.

Am Beispiel der Versorgung extrem unreifer Frühgeborener (vor der 27. Schwangerschaftswoche) zeigte der Mediziner Georg Rellensmann von der Universitätsklinik Münster, wie schwer eine gute Entscheidungsfindung „am Bett des Patienten“ ist. Der Notwendigkeit zur Entscheidung und der daraus erwachsenden Verantwortlichkeit dadurch zu entfliehen, dass man sagt, man wolle „der Natur ihren Lauf“ lassen, wäre ein Selbstbetrug. Die Einschätzungen über die Möglichkeiten zu einem guten Leben variieren aber: Cha-

rakteristisch ist, dass beispielsweise bei behinderten Kindern die Einschätzung von deren „Lebensqualität“ mit der Entfernung vom betroffenen Kind zunehmend negativ wird. Was für das Kind normal ist, scheint dem Außenstehenden unerträglich. Auch Rellensmann legte Wert auf die Beziehungsdimension, die gute Entscheidungen bedingt, in diesem Falle jene für eine volle Intensivtherapie des Frühgeborenen oder für deren Beendigung. Dabei betonte er aber die Rolle der Eltern als in gewissem Rahmen vorrangige Entscheider.

Verklärung des Selbstmords

Mit Blick auf die rechtlichen Regelungen und gesellschaftlichen Selbstverständlichkeiten rund um das Lebensende forderte der Hamburger Rechtsanwalt Oliver Tolmein einen Perspek-

tivwechsel: Nicht das Sterben, sondern das Leben bis zum Ende müsse unser Interesse finden. Praktisch umgesetzt wird diese Orientierung in der Palliativmedizin, deren Ansatz Rainer Schäfer vom Juliusspital Würzburg darstellte. Schließlich, so Tolmein müsse auch die Verklärung des Selbstmordes als

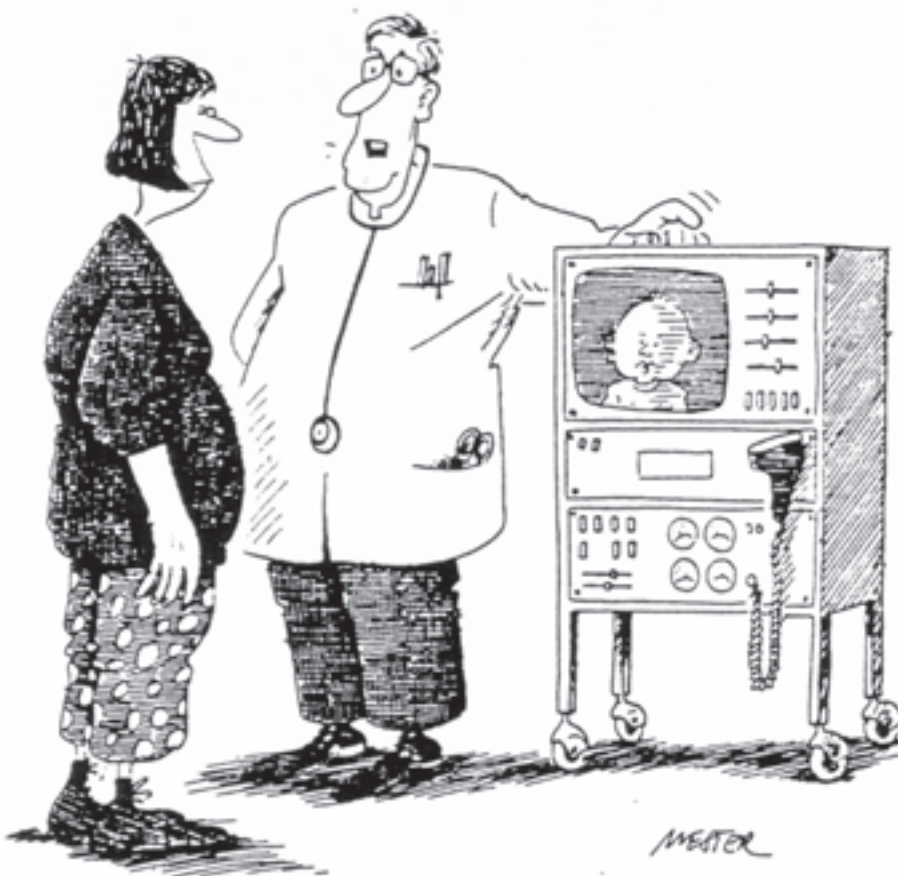
schreibt, ist Teil dieses Versagens. Besonders Alte und Behinderte sind hier die Verlierer. Auf den Pflege- und nicht in den Intensivstationen stirbt aber auch der Großteil unserer Mitmenschen, weshalb die Debatte um die Patientenverfügung eigentlich eine Geisterdebatte sei.

„Die würdeerhaltende Handlung eröffnet immer den Raum der Begegnung für das Selbstsein des Anderen.“

Thomas S. Hoffmann

Ausdruck von Selbstbestimmung als dasjenige erkannt werden, was sie ist: Ein soziales Versagen. Bei den Verhältnissen in der Pflege wird dieses Versagen offenkundig. Die Abkoppelung der Versorgungsleistung vom Bedarf, wie sie die Pflegeversicherung fest-

Die dem Leben nicht gerecht werdende Perspektive zeigt sich aber auch an den Patientenverfügungen, die weit hin nur als Festschreibung negativer Abwehrrechte verstanden werden. Die Akzeptanz unserer Abhängigkeit vom Anderen, die im Lauf des Lebens mal mehr, mal weniger offensichtlich ist, scheint vielen „Normalen“ von vornherein unmöglich zu sein. Diese „gesunde Normalität“ ist aber eine Konstruktion und keineswegs der natürliche Zustand unserer selbst. Dennoch dient „Normalität“ als wichtiger Wegweiser sowohl in Auseinandersetzungen um Verteilung öffentlicher Mittel als auch für unser Selbstbild: Statt in den Umgang mit Alzheimer wird beispielsweise in dessen Bekämpfung investiert, und statt sich auf die Pflege durch die Mitmenschen zu verlassen, sieht man die Herbeiführung eines vorzeitigen Todes als Ausdruck von Selbstbestimmung an.



„So ungefähr wird Ihr Baby aussehen ... Möchten Sie's haben?“

Zeichnung: Mester

Struktur der Biomacht

Der Augsburger Soziologe Peter Wehling analysierte die Struktur der Biomacht, die in solchen normierenden Konstrukten zum Ausdruck kommt. Am Anfang steht hier immer ein diskursiver Vor-



stoß, der durch seine Wiederholung an Kraft gewinnt. Dabei werden der menschliche Körper und seine Funktionen als verbesserungsbedürftig und -fähig dargestellt. Sodann wird – von der Schönheitschirurgie bis hin zur Psychopharmakologie – das Bild einer verbesserten Zukunft vorgestellt. Schließlich arbeitet man an der Bereitstellung der Mittel für diese Zukunft, die meist – wie in der Stammzellforschung – erst einmal öffentliche Mittel zur Erforschung der Mittel sind. Um die Kontrolle über diese Entwicklungen zu behalten, forderte Wehling eine „reflexive Biopolitik“: Wertungen und Hintergrundannahmen über Normalitäten müssen dazu ebenso offengelegt werden wie wirtschaftliche Interessen.

Sind wir tatsächlich der Ansicht, dass körperlich oder geistig schwer behindertes Leben vermieden werden muss? Die Politisierung des Lebens setzt bereits ein, lange bevor die Biopolitik zu administrativen Entscheidungen geformt wird. Sie erhält auch bereits davor Verfügungsgewalt über uns selbst, etwa indem wir uns Ängste vor Behinderungen unserer selbst oder unserer Kinder zu eigen machen. Daher ist Biopolitik auch eine Angelegenheit zivilgesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Gelingende Selbstbestimmung baut hier auf der Emanzipation von selbstverständlich vorgenommenen Unterscheidungen etwa zwischen gesund und krank auf.

In einer Lesung aus seiner Autobiographie „Karriere mit 99 Brüchen“ machte der behinderte Schauspieler Peter Radtke deutlich, wie bereits sein Lebensanfang nur dadurch glücken konnte, dass ein Arzt in einem entsprechenden Formular nicht angab, mit welcher Krankheit er von Geburt an lebt. Hätte der Arzt nämlich erklärt, dass der just Geborene unter der sogenannten Glasknochenkrankheit litt, so wäre sein Lebensende unter der „Euthanasie“-Politik des Nationalsozialismus bereits besiegelt gewesen. Radtke gab ein beredtes Zeugnis der Selbstbestimmung, die durch das Zusammenspiel von eigenem Willen und geglückter Abhängigkeit ermöglicht wird.

Kein wertneutraler Staat

Wohl fällt die Sorge um das gute Leben nicht in den Aufgabenbereich des freiheitlichen Staates. Seine friedenssichernde Kraft erwächst gerade aus



Eberhard Schockenhoff: Streit nicht durch Großzügigkeit lösen

der Enthaltensamkeit in solchen Fragen. Gebunden ist der Staat aber auch in positiver Weise, nämlich an das Recht und an seinen Auftrag, die individuelle Entfaltung durch die Grundrechte zu ermöglichen. Die weltanschauliche Neutralität, so der Freiburger Theologe Eberhard Schockenhoff, bedingt



Schauspieler Peter Radtke entkam der „Euthanasie“-Politik der Nazis

daher keine Wertneutralität des Staates, der im Gegenteil auf einer Hochschätzung des Rechts und der dadurch ermöglichten Freiheit gründet. Wenn daher Moralauffassungen im Streit stehen, kann der Staat den Streit nicht einfach durch Großzügigkeit lösen.

Da der Streit hier um ein Allgemeines geht, muss auch allgemeingültig entschieden werden: Solche Gültigkeit könne aber eine Aufspaltung von Würde und Lebensrecht nicht beanspruchen. Wo das körperliche Leben im Würdeschutz nicht inkludiert werde, da wird die Würde ad absurdum geführt. Schließlich ist der Leib das Medium des Freiheitsvollzuges, der Inhalt der Würde ist. Somit ist auch die Frage nach dem Ausmaß von Würde und Würdeschutz keine Geschmacks-, sondern eine Gerechtigkeitsfrage: Wir wären demnach anderem Leben die gleiche Achtung schuldig, ohne die auch wir nicht hätten werden können, wer wir sind.

Definitionsmacht

Anna Bergmann von der Europa-Universität Frankfurt/Oder machte eindrücklich klar, dass gedankliche Unterscheidungen und Grenzziehungen über unser Leben entscheiden. Daher gelte es zu bedenken, wer was wozu definiert. Am Beispiel der Transplan-



Anna Bergmann: bedenken, wer was wozu definiert

tationsmedizin und des Hirntodkriteriums zeigte sie auf, wie problematisch es ist, wenn die Logik eines einzelnen Sachbereichs die Definitionsmacht über das Ganze des menschlichen Lebens durchsetzt. Bergmann kritisierte hier eine teilamputierte Sicht der Person, die deren Wesen einzig in der Funktion eines Teiles des Hirns verortet und den Leib des Menschen ausblendet – mit dem Interesse an einer Verwertung eben dieses Leibes. ■

Michael Spieker

Siehe Presseschau Seite 31

Europäische Initiativen und regionales Handeln

Umsetzung der Umwelt- und Energiepolitik in den Kommunen

Die globalen Herausforderungen wachsen und Europa kann in zentralen Bereichen nur noch gemeinsam überzeugende Antworten zu deren Bewältigung finden. Doch vielfach liegt die Durchsetzung europäischer Zielsetzungen in nationaler bzw. regionaler Hand, wie das Beispiel Umwelt- und Energiepolitik eindrucksvoll zeigt. Dabei bestehen teilweise beachtliche regionale Spielräume zur konkreten Politikgestaltung. Dieses Spannungsfeld zwischen europäischen Initiativen und regionalem Handeln war Thema einer Tagung der Akademie in Nürnberg, die in Kooperation mit dem dortigen Bildungszentrum und der EU-Kommission in der Frankentropole organisiert wurde.

Martin Weiss von der EU-Kommission stellte die führende Rolle der EU in der internationalen Klimapolitik heraus. Dabei ginge es auch um eine gerechte Lastenverteilung bei der CO₂-Reduktion zwischen reichen und ärmeren Ländern sowohl innerhalb der EU als auch auf internationaler Ebene. Nur so sei ein Durchbruch bei den Klimaverhandlungen Ende 2009 in Kopenhagen zu erreichen. Die EU habe hierzu konkrete Vorschläge entwickelt, die sich an der Wirtschaftsleistung, dem CO₂-Reduktionspotenzial und den Bevölkerungstrends der einzelnen Länder orientierten. Trotz beachtlicher

Hürden hätten sich die Chancen für ein internationales Abkommen mit dem neuen Kurs der amerikanischen Regierung deutlich verbessert.

Ehrgeizige Ziele

Ergänzt wurde diese europäische Sicht durch Referate, die die regionale Dimension der Umwelt- und Energiepolitik verdeutlichten. Joachim Lorenz, Umweltreferent der Landeshauptstadt München, stellte das städtische Bündnis für Klimaschutz vor, das Verantwortliche aus Politik, Verwaltung und Unternehmen in einem konstruktiven

umweltpolitischen Dialog mit konkreten Handlungsfolgerungen vereine. Die Kommune setze sich dabei ehrgeizige Ziele, die weit über die allgemeinen Vorgaben hinausgehen. Letztlich habe sich München dazu auch als Mitglied einer Initiative von Bürgermeistern europäischer Städte verpflichtet.

Auch in der Metropolregion Nürnberg besitzt die Umwelt- und Energiepolitik hohe Priorität, wie Umweltreferent Peter Pluschke betonte. Dabei konzentrierte sich die Stadt auf Verkehrskonzepte zur Verbesserung der Luftgüte, die Stärkung der erneuerbaren Energien und eine Erhöhung der Energieeffizienz, vor allem durch neue Richtlinien bei Neubau und Sanierung von Gebäuden.

Schließlich erläuterte Erich Maurer von der „Energierregion“ – einer privaten Firma für Energiedienstleistungen – anhand konkreter Projekte, wie die Bedeutung des Klimaschutzes als Faktor der regionalen Wirtschaftsentwicklung zunimmt.

Abschließend diskutierten der Nürnberger Oberbürgermeister Ulrich Maly, der bayerische Umweltminister Markus Söder, der bayerische Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Dieter Janecek und der Klimaforscher Wolfgang Seiler über das Spannungsfeld europäischer Politikvorgaben und regionaler Umsetzung. ■

Wolfgang Quaisser

Siehe Presseschau Seite 32



Mit ihrer umweltpolitischen Tagung war die Akademie zu Gast im Bildungszentrum Nürnberg

Foto: Ralph Schedlbauer

Dokumentation von Vorträgen im Internet:

<http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/index.php?id=41#c5860515>

Die USA unter neuem Präsidenten

Neue Außenpolitik und die Bewältigung der Wirtschaftskrise

Die englischsprachige Tagung „The United States under the new President“ bot neben Referenten aus den USA auch diplomatischen und militärischen hohen Besuch durch Generalkonsul Eric Nelson und den Kommandeur der NATO-Schule, Colonel James Tabak. Das Programm* entstand in Kooperation mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München über englischsprachige Regionen der Welt. Im Mittelpunkt des Interesses: die neue Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Maßnahmen der US-Regierung zur Bewältigung der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise.

Generalkonsul Nelson freute sich über die neue, gute Stimmung in Deutschland nach Obamas Wahl: „It made my job a lot easier“. Die alte Faszination für die USA sei zurück, Deutsche seien wieder offen für Informationen über Amerika: „Germans want to go on a honeymoon with the United States again“. Nun komme nach den Flitterwochen die Realität und es gehe darum, eine gute Partnerschaft mit gemeinsamen Interessen und gemeinsamer Verantwortung und gegenseitiger Verantwortlichkeit zu führen. Dass die USA immer noch bereit und fähig sind zu führen, zeige der Politikwechsel.

Die besondere Bedeutung Bayerns komme durch den Besuch von Vizepräsident Joe Biden zum Ausdruck. Selten hat ein so hochrangiger amerikanischer Politiker die Münchner Sicherheitskonferenz besucht. Die USA brauchen europäische Hilfe, nicht nur in Afghanistan, sondern auch bei der Bewältigung der Folgeprobleme in Bezug auf die Lage in Irak und die Schließung des Lagers Guantanamo.

Zum Abschluss zitierte der Generalkonsul den Vizepräsidenten: „We will engage, listen, consult. America will not go alone, when common goals are at stake“ und ließ die Änderung in der

politischen Rhetorik durchblicken: nicht mehr um Kampf gegen den Terrorismus gehe es, sondern darum, jede Unterstützung im Kampf gegen gewalttätigen Extremismus zu bekommen.



Generalkonsul Eric Nelson: „Die alte Faszination für die USA ist zurück“

Colonel James Tabak, Kommandeur der NATO Schule, und Phillip Cornell, Leiter des Bereichs Internationale Programme, erläuterten Herausforderungen der Außen- und Sicherheitspolitik. Phillip Cornell ist zuversichtlich, dass das größte internationale Problem, die Wirtschaftskrise, nur ein vorüber-

gehendes Problem ist und ging gleich auf die Grundfrage im amerikanischen Bezug zum Rest der Welt ein: Haben die Vereinigten Staaten wirklich immer nach internationaler Macht gestrebt oder wurden sie durch die Unfähigkeit der Mitbewerber quasi gezwungen, eine internationale Rolle zu übernehmen? Expansionistische Tendenzen seien nicht immer von Erfolg gekrönt gewesen, ein gewisses Hegemoniestreben, die Idee Stabilität zu exportieren und eine Wirtschaftsmacht aufzubauen, bilden dennoch die Grundlagen der Außenpolitik. Nach dem Ende des (gewonnenen) Kalten Krieges wurde Amerika international zur „Indispensable Nation“ (Madeleine Albright), sah sich aber eine Reihe von Problemen gegenüber, wie einem wachsenden Handelsdefizit, Sozialproblemen und Energieimportabhängigkeit.

Mehr Aufgaben für die Alliierten

Colonel Tabak beschrieb die Abrüstungsproblematik aus der Sicht Amerikas und betonte, dass unilaterales Vorgehen destabilisierend wirken und die Proliferation anheizen könnte. Zum Komplex „Afghanistan“ betonte Tabak die Bedeutung des vielseitigen Engagements: 41 Nationen (darunter auch Indien und Japan) seien involviert. Er sorgte sich aber trotz einiger Erfolge im Wirtschaftsbereich (Inflationsbekämpfung, bessere Einkommen) über die sich verschlechternde Sicherheitslage im Land. Cornell und Tabak erklärten, bereits die 2. Bush-Administration hätte die Wende in der Außenpolitik eingeleitet und neue Ansätze zu umfassender Kooperation und Entwicklungsaufbau angestoßen. Das Ziel ist nicht mehr, eine ganze Region

* Das US-Generalkonsulat in München unterstützte die Tagung durch einen Kurzvortrag des Generalkonsuls und die Einladung der Wirtschaftsexpertin Amy Houpt Medearis

zu transformieren (z.B. Irak), sondern einen zweiten 11. September zu verhindern. Die Sicherheitspolitik Obamas werde sich wohl an Roosevelt orientieren: „Speak softly and carry a big stick“. Da die amerikanischen Streitkräfte aber erheblich belastet sind und militärische Macht („big stick“) unverzichtbar ist, werden die Alliierten zu einer größeren sicherheitspolitischen Rolle gedrängt. Dazu muss auch das Image im Ausland verbessern und die innenwirtschaftlichen Probleme in Angriff genommen werden – eine Reorganisation der (außen)politischen Maschinerie ist also zu erwarten.

In der Diskussion erinnerte Tabak daran, dass die Wirtschaftskrise neue Chancen eröffne, um die (auslaufenden) Rüstungskontrollverträge zu verhandeln. Cornell wies auf neue Herausforderungen hin: Neben dem Iran und den Menschenrechten sei das beispielsweise das Rennen um die arktischen Gebiete. Dies wiederum, so Tabak, beweise die Bedeutung der NATO als Stabilitätsplattform, da die Konfliktparteien (Norwegen, Dänemark, Kanada und USA) Mitglieder der Allianz sind.

880 000 000 000 Dollar

Amy Houpt Medearis, Senior Economist bei der Delegation der Europäischen Kommission in den USA, erklärte kompetent und zugleich verständlich und unterhaltsam die Wirtschaftskrise und die Rettungspolitik der Regierung Obama.

Der freie Fall im Arbeitsmarkt, im Finanzsektor und auf dem Immobilienmarkt summieren sich zur größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Ein zusätzliches Problem ist der „feedback loop“, der keine normale wirtschaftliche Gesundung erlaube, da die Finanzkrise die Wirtschaft ins Trudeln bringt, was sich wiederum negativ auf den Finanzmarkt auswirkt.

Das Obama-Hilfsprogramm sei ein Hocker mit drei Beinen: 1. das Stimulanzpaket, 2. der Finanzstabilisierungsplan und 3. das Immobilienprogramm. Die Frage ist nun, wie stabil der Hocker ist. Fast 880 Milliarden US-Dollar werden in die Wirtschaft

gepumpt. 275 Milliarden sollen die Situation auf dem Immobilienmarkt retten. Hier fragte Medearis nicht nur, wie positiv oder fragwürdig diese Maßnahmen sind, sondern wie sich die Krise auf Obamas frühere wirtschaftspolitische Pläne auswirken wird. So hat die Administration zwar sehr schnell reagiert und viel erreicht. Die Finanzierung und der Effekt sind aber fraglich. Auch ist zu erwarten,



James Tabak: Sorge über die sich verschlechternde Sicherheitslage in Afghanistan

dass Amerika trotz Rettungsprogramm noch etwas weiter abstürzt und Gesundheits- und Sozialpolitik und die Steuerreform auf die lange Bank geschoben werden. Globale Zusammen-



Amy Houpt Medearis erläuterte das Konjunkturprogramm der Obama-Regierung

arbeit ist also nötiger als zuvor. Amy Medearis ahnte die Ankündigungen des G20-Gipfel in London gut voraus: Für Amerika, so die Expertin, sei Europa diesbezüglich immer wichtiger. Es gelte, das globale Finanzsystem neu zu gestalten. ■

Saskia Hieber



Präsidenten-Flieger



Zeichnung: Tomicek

Die europäische Sicht auf die Ureinwohner Nordamerikas

Die Jahreskonferenz der Historiker der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien thematisierte im Frühjahr in Tutzing die Geschichte der Ureinwohner Nordamerikas. Eine erste und zentrale Fragestellung in der Vorbereitung dieser Konferenz lautete, welchen spezifischen Beitrag denn die Arbeiten deutscher Historiker und Historikerinnen zur aktuellen Debatte in der Native American History leisten könnten. Damit verknüpft war die Frage nach der Genese eigener, europäischer Sichtweisen auf indigene Gesellschaften.

Ab den 1960er Jahren, im Kontext des Civil Rights Movement wurden alte Paradigmen in der Geschichtsschreibung über den Umgang mit indianischen Gesellschaften in den USA kritisch hinterfragt. 20 Jahre später präsentierte sich die Forschungslandschaft bereits in weit größerer Vielfalt. Im Jahr 1980 veranstaltete die Deutsche Gesellschaft für Amerikastudien eine erste Konferenz zu „Indianern in Nordamerika“.

„Gute Wilde“

Der erste Teil widmete sich den europäischen Vorstellungen von indigenen Amerikanern, die im deutschsprachigen Raum wohl am stärksten durch das von Karl May kreierte Stereotyp des „Guten Wilden“ in der Gestalt von Winnetou geprägt sind.

Christoph Strupp (Forschungsstelle für Zeitgeschichte, Hamburg) analysierte in seinem Vortrag *Karl May's Indians in German Popular Culture* die Mechanismen einer fast 100 Jahre dauernden Karl-May-Rezeption in der deutschsprachigen Populärkultur. Es war vor allem die frühe geschickte Vermarktung seiner Romane und Romanhelden, die andere Autoren dieses Genres

aus dem Kanon fallen ließen. Horst Wendtlands filmische Umsetzung des *Schatz im Silbersee* (1962), die geschickte Wahl der Hauptdarsteller, der (pseudo-authentischen) Landschaft und des Soundtrack waren, so Christoph Strupp, für den Winnetou-Hype der 1960er und 1970er Jahre verantwortlich. Gesteigert wurde der Erfolg durch die Ausstrahlung im Farbfernsehen.

Dass das Karl-May-Interesse 1980 zu verebben begann, hatte nach Strupps Interpretation damit zu tun, dass es für das Schauspielerduo – Pierre Brice als Winnetou und Lex Barker als Old Shatterhand – keinen adäquaten Ersatz mehr geben konnte. Die beiden hatten sich, mehr als die Romanhelden, in die Vorstellungswelt der deutschen Karl-May-Fans eingeschrieben.



Die Lebensrealität der Ureinwohner Nordamerikas unterschied sich deutlich von den durch Karl May geprägten Vorstellungen in Europa

Im Panel II wurde nach der musealen Darstellung indigener Gesellschaften, der Anordnung von Artefakten und der Visualisierung von Geschichte gefragt. Im dritten Teil der Tagung wurde der räumliche Bezug um Kanada und am Rande auch um Mexiko erweitert.



Allison Davis-White Eyes erklärte die Bedeutung des Erzählens für ethnische Identität

Die Verbindung der transnationalen, kontinentalen Perspektive mit dem Konzept des „Empire“ bildete die Grundlage für Panel IV.

Im letzten Teil erklärten Allison Davis-White Eyes (Oregon State University) und Philipp Kneis (Universität Potsdam) in ihrem Vortrag *Exiled on their own Land* die Bedeutung des Erzählens für ethnische und interethnische Identität, zur Tradierung von Gedächtnis und zur Selbstermächtigung, die am besten durch den Begriff *Survivance* (Gerald Vizenor) erfasst seien. ■

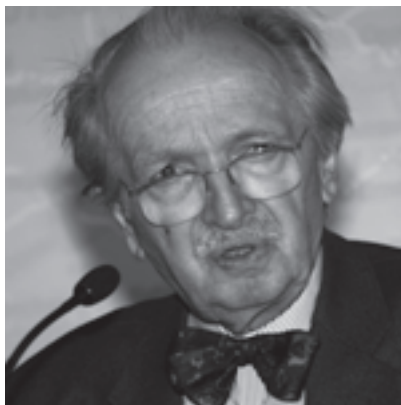
*Ursula Prutsch /
Saskia Hieber*

Auf der Suche nach einem gemeinsamen Geschichtsbild

Deutsche und Polen auf einem schwierigen Weg

Die Akademie erwies sich einmal mehr am Puls der Zeit: Unmittelbar nach der Kontroverse um die Nominierung der Vertriebenen-Chefin Erika Steinbach für den Stiftungsrat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ fand in Tutzing eine Fachtagung zum Thema „Deutsche, Polen, Europa. Gemeinsame und getrennte Geschichtserzählung“ statt, die die unterschiedlichen Perspektiven auf die gemeinsame Geschichte thematisierte und nach Wegen zur Überwindung der Differenzen suchte.

Der Berliner Historiker Klaus Zernack lieferte einen Überblick über die letzten 1000 Jahre deutsch-polnischer Geschichte als Ausgangsbasis für die folgenden Diskussionen der Tagung. Dabei machte er deutlich, dass diese Beziehungen nicht zu verstehen sind, wenn Russland ausgeblendet wird.



*Klaus Zernack: Geschichte als Fundament friedvoller Kooperation
Fotos: Zimmermann*

Der lange Zeitraum von 1000 Jahren sei in drei Epochen zu unterteilen: Bis Anfang des 18. Jahrhunderts sei das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen als eher normal und nicht speziell im europäischen Kontext zu charakterisieren. Danach entwickelte sich allerdings die Epoche der Umklammerung Polens durch Hegemonialbestrebungen des expandierenden Russlands einerseits und der deutschen Mächte Preußen und Österreich-Ungarn andererseits. Die dadurch beding-

te Verschlechterung des Verhältnisses und die polnische Angst vor dieser Umklammerung dauerte bis zur Zeitenwende von 1989/90 an, die mit der „Auflösung der Triasstruktur Deutschland – Polen – Russland“ die dritte Epoche eröffnete.

Chance für Versöhnung

Der Anbruch dieser aktuellen Epoche biete die Chance für die Wiederkehr der Normalität sowie für Versöhnung und historische Aufklärung. Der gemeinsame sorgenvolle Blick auf die künftige Entwicklung Russlands führe sogar zu einer Interessengemeinsamkeit von Deutschland und Polen als mögliche Basis gemeinsamer europäischer Politik. Zernack wollte seinen Vortrag auch als Plädoyer verstanden wissen für ein Verständnis der Geschichte als Fundament friedvoller Kooperation statt als Instrument der Verfeindung. So sei Geschichte nie isoliert, sondern immer nur als gemeinsame „Beziehungsgeschichte“ (so auch der Titel seines Vortrags) der Völker zu verstehen.

Kazimierz Wóycicki nahm den Konflikt um die historische Erinnerung in Europa in den Blick. Die Perspektiven auf die Geschichte seien durchaus sehr unterschiedlich: So sei etwa für Polen und andere Länder Mitteleuropas der Zweite Weltkrieg nicht nur ein Krieg gegen das nationalsozialistische Deutschland, sondern auch gegen die Sowjetunion gewesen. Wóyci-

ckis Plädoyer: „Das Zusammenwachsen Europas erfordert auch eine gemeinsame Sicht der Geschichte.“ Ganz in Klaus Zernacks Sinn sei daher ein Begreifen von Geschichte als „Beziehungsgeschichte“ notwendig. Ein solches „neues Paradigma der Erinnerung“ sei wichtiger denn je, da die Differenz der Geschichtsbilder eher wachse; es aufzubauen sei jedoch schwierig. Ein sinnvolles Instrument dafür könnten aber gemeinsame Schulbücher sein.



Kazimierz Wóycicki forderte gemeinsame Schulbücher für Deutsche und Polen

Die unterschiedlichen Perspektiven und Beziehungen waren Thema der beiden folgenden Vorträge, in denen zunächst Dariusz Dolanski (Zielona Góra/Grünberg) die Wahrnehmung der deutschen Geschichte in den Westgebieten Polens nach 1945 erläuterte.

Nach der zunächst vom sozialistischen Regime dort betriebenen Polonisierung bzw. Entdeutschung der Kulturlandschaft und des Geschichtsbewusstseins habe es mit dem Ende des Sozialismus auch eine Wende im Umgang mit der Geschichte gegeben, so dass nun in der Historiographie die kulturellen Verflechtungen und Durchdringungen auf

diesen Gebieten betont werden. Auch werde vielerorts in zahllosen kleinen Initiativen Verdrängtes wiederbelebt, deutsche Inschriften und Friedhöfe restauriert.

Die Literaturwissenschaftlerin Marion Brandt (Danzig) untersuchte die Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR mit Schwer-



Marion Brandt: polnisches Vorbild für den demokratischen Aufbruch in der DDR

punkt auf dem kulturellen Austausch. Hier habe die DDR seit den 1950er Jahren eine „negative Polen-Politik“ betrieben – so sehr, dass die Kriminalisierung und brutale Unterdrückung jeder Kontakte zu reformfreudigen Kreisen in Polen bis 1989 und darüber hinaus nachwirkte. Dennoch konnte der Austausch nicht völlig unterbunden werden, ebenso wenig wie die Sympathie für die polnische Widerstandsbewegung unter zahlreichen DDR-Kulturschaffenden, was Brandt

mit eindrucksvollen literarischen Beispielen belegte. So sei auch der Beitrag des polnischen Vorbilds für den demokratischen Aufbruch in der DDR kaum hoch genug zu bewerten.

Überwindung der Gräben

Konkrete Projekte zur Überwindung deutsch-polnischer Gräben standen im Fokus der weiteren Tagung. Das Thema „Deutsche und Polen im Unterricht“ nahmen Jörg-Dieter Gauger (Sankt Augustin) und Krzysztof



Krzysztof Ruchniewicz: Konservative Bestrebungen wollen das Nationalbewusstsein stärken

Ruchniewicz (Breslau) in den Blick. So stellte Gauger als Ergebnis seiner Untersuchung der sehr heterogenen Lehrplaninhalte in den deutschen Bundesländern fest, dass sich die Geschichtsbilder zum deutsch-polnischen Verhältnis stark gewandelt hätten –

weg von einem Bild slawischer Inferiorität hin zum gleichberechtigten Miteinander. Das alles überschattende Thema sei der Holocaust, dem leider andere Aspekte, wie zum Beispiel die deutsche Besatzungspolitik in Polen oder der Warschauer Aufstand, zum Opfer fielen. Modellhaft sei das vermittelte Bild einer Geschichte der deutschen Unterdrückung Polens.

Ruchniewicz konzentrierte sich auf die Darstellung des Zweiten Weltkrieges im polnischen Geschichtsunterricht: Zentral seien hier Themen wie der Hitler-Stalin-Pakt, der Kriegsbeginn, die deutsche Besatzung Polens sowie Deportationen und Umsiedlungen. Der Übergang zur Demokratie habe hier eine Wende auch in den Schulen gebracht, so dass die Rolle der Sowjetunion nun kritisch betrachtet werden könne. Aktuell gebe es in Polen von konservativer Seite Bestrebungen, Schattenseiten auszublenden und affirmativ das eigene Nationalbewusstsein zu stärken.

Wichtige Anstöße

Konkrete Instrumente des Unterrichts waren Gegenstand der Vorträge von Kinga Hartmann (Bautzen) und Thomas Strobel (Braunschweig). Hartmann stellte das deutsch-polnische Gemeinschaftsprojekt „Geschichte verstehen – Zukunft gestalten“ vor, in dem grenzüberschreitend und in Zusammenarbeit verschiedener Stellen Unterrichtsmaterialien und Umsetzungskonzepte zur deutsch-polnischen Geschichte erarbeitet wurden (siehe Kasten).

Materialien und Literatur, die auf der Tagung besprochen wurden:

Ursula A. J. Becher / Włodzimierz Borodziej / Robert Maier (Hrsg.): Deutschland und Polen im 20. Jahrhundert. Analysen – Quellen – didaktische Hinweise, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007.

Kinga Hartmann (Hrsg.): Geschichte verstehen Zukunft gestalten. Die deutsch-polnischen Beziehungen in den Jahren 1933-1949, Dresden / Wrocław 2007 (2. überarb. und erw. Auflage 2009).

Gauger, Jörg-Dieter: Deutsche und Polen im Unterricht. Eine Untersuchung aktueller Lehrpläne/Richtlinien und Schulbücher für Geschichte, Schwalbach/Ts. 2008.

Matthias Kneip / Manfred Mack (unter Mitarbeit von Markus Krzoska und Peter Oliver Loew): Polnische Geschichte und deutsch-polnische Beziehungen. Darstellungen und Materialien für den Geschichtsunterricht. Mit CD-ROM, Berlin 2007.



Strobel bot zunächst einen Rückblick auf die Entstehung und die Arbeit der deutsch-polnischen Schulbuchkommission, die sich bis dato als wichtiges Forum des beiderseitigen Austauschs erwies, vor allem in Zeiten mit eher wenigen zivilgesellschaftlichen Kontakten. Auch wenn direkte Wirkungen schwer nachweisbar seien, habe die Kommission doch wichtige Anstöße gegeben. In einem zweiten Schritt stellte Strobel das aktuelle Projekt eines zweibändigen deutsch-polnischen Geschichtsbuches für den Schulunterricht vor, das in den nächsten Jahren erscheinen soll.

Włodimierz Borodziej (Warschau) erweiterte die kontroverse Diskussion um gemeinsame Annäherungen an gemeinsame Geschichte mit seiner Vorstellung des Projekts eines Hauses der europäischen Geschichte. Er betonte die Schwierigkeiten, die mit dem Vorhaben verbunden sind, komplexe europäische Geschichte in ein Ausstellungenskonzept zu gießen – Schwierigkeiten, die auch in der anschließenden Debatte zum Vorschein kamen, in der sowohl praktische als auch grundsätzliche Einwände geäußert wurden. Letztendlich, so Borodziej, werde auch das Haus der europäischen Geschichte ein „Elitenprojekt“ bleiben.

„Dialog ist Sache des Alltags“

„Polen und Deutsche waren nie Erbfeinde“ eröffnete der frühere bayerische Kultusminister Hans Maier seinen Vortrag über belastende Geschichte und gemeinsame Grundwerte von Deutschen und Polen, in dem er sich auf die neuere „Beziehungsgeschichte“ seit dem „Versöhnungsbrief“ der polnischen Bischöfe 1965 konzentrierte. So habe der kirchliche Dialog am Anfang der deutsch-polnischen Versöhnung gestanden, die in den 1970er Jahren mühsam auf der politischen Ebene durch Annäherung weiter vorangebracht wurde. Die polnische Freiheitsbewegung sei intensiv beobachtet worden.

Auch auf dem Feld der Kultur habe es in den Jahrzehnten vor der „Wende“

reges Interesse aneinander gegeben, so etwa durch die Wirkung der Literatur oder durch den Austausch zwischen Bibliotheken und Restaurateuren. „Im ganzen“ – so Maier „ist die Bilanz des deutsch-polnischen Dialogs ermutigend“. Er sei dabei, „eine Sache des Alltags“ zu werden. Um so mehr sei Maier von aktuellen Verwerfungen befremdet. Dennoch rechnet er



Hans Maier: „Die Bilanz des deutsch-polnischen Dialogs ist ermutigend“

nicht mit einer dauerhaften Abkühlung des Verhältnisses – wir könnten sie uns schlicht nicht leisten. So schloss Maier mit einem Plädoyer für eine Unterstützung Polens, für Austausch und gegenseitiges Lernen voneinander.

Problematischer Medieneinfluss

Angnieszka Lada präsentierte neueste Umfragedaten des Instituts für öffentliche Angelegenheiten in Warschau zum deutsch-polnischen Verhältnis. Die Entwicklung der Werte sei hier nicht durchweg positiv; manche Ressentiments auf beiden Seiten erwiesen sich als hartnäckig, wobei vor allem der Einfluss bestimmter Medien problematisch sei, etwa der Boulevardpresse. Dennoch sei das Bild, das sich aus den Daten ergebe, generell besser als der öffentliche Eindruck.

In einem zweiten Teil ihres Vortrages skizzierte Lada die politische Bildungslandschaft in Polen, die nur sehr dürftig ausgeprägt sei. Angebote kä-

men am ehesten von zivilgesellschaftlichen Organisationen, so dass noch viel Aufbauarbeit zu leisten sei, wobei die Unterstützung aus dem Ausland eine große Rolle spiele.



Angnieszka Lada: hartnäckige Ressentiments auf beiden Seiten

Zum Abschluss der Tagung zeigte Stephan Raabe, Leiter der Warschauer Repräsentanz der Konrad-Adenauer-Stiftung, Perspektiven der politischen Zusammenarbeit unter den Bedingungen weiter wirkender belastender Erinnerungen auf. Diese seien nicht zuletzt davon abhängig, wer in Polen regiere, denn manche Kräfte betonten eher die belastenden Aspekte, was Hindernisse für die Zusammenarbeit aufrichte. Die aktuelle Regierung Tusk hingegen sei an einer Atmosphäre der Kooperation und des Dialogs in einem Klima der Sachlichkeit interessiert. Die tiefere Ursache der aktuellen Kontroverse um die „Causa Steinbach“ machte Raabe in einem Streit um die Hoheit über die Geschichtsinterpretation bzw. in unterschiedlichen Sichtweisen der gemeinsamen Geschichte aus. Hier sei noch Arbeit zu leisten, etwa mit den im Laufe der Tagung diskutierten Projekten.

Nicht nur harmonische, auch kontroverse Töne, vor allem zum Thema Vertreibung, prägten die Tagung. Gleichwohl war ihr Grundton der der Versöhnung und Verständigung. ■

Stefan Köppl

Schwierigkeiten der Wahlforschung

Expertenkolloquium mit Umfrageforschern aus drei Kontinenten

Umfrageforscher aus drei Kontinenten trafen sich mit deutschen Sozialwissenschaftlern zu einem Expertenkolloquium in Kooperation mit der World Association for Public Opinion Research (WAPOR). Das besondere Interesse der deutschen Teilnehmer lag zu Beginn des Wahlkampfjahres auf Fragen der Wahlforschung, zumal nach der letzten Bundestagswahl doch einige Fragen zu deren Verlässlichkeit aufgekommen waren.

Michael Traugott (Ann Arbor) berichtete von den Erfahrungen beim jüngsten amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf. Während die Wahlprognosen außerordentlich präzise das spätere Wahlergebnis wiedergaben, gab es – von der europäischen Öffentlichkeit kaum bemerkt – erhebliche Probleme bei den parteiinternen Vorwahlen. Die American Association of Public Opinion Research (AAPOR) setzte daraufhin ein „Ad-hoc committee“ zur Analyse der angewandten Methoden ein, dem Traugott vorstand. Der Bericht des Komitees wurde we-

nige Tage vor der Tutzingener Tagung veröffentlicht. Die Teilnehmer erfuhren aus erster Hand die wichtigsten Ergebnisse. Der Hauptbefund: die üblichen Methodenprobleme – Stichprobe, Kurzenschlossene – erklären die Abweichungen nicht.

Einiges deutet auf einen sozialpsychologischen Effekt hin, der die Teilnahmebereitschaft der Befragten beeinflusste. Es hat den Anschein, als hätten sich viele Anhänger von Hillary Clinton gescheut, sich öffentlich – und damit auch im Interview – zu ihrer bevorzugten Kandidatin zu bekennen.

Alejandro Moreno (Periodico Reforma, Mexiko) berichtete anlässlich der Präsidentschaftswahl in Mexiko von 2006 über einen auffälligen „Sponsorship Effect“. Von Parteien in Auftrag gegebene Umfragen zeigten erkennbare Verzerrungen zugunsten „ihrer“ Kandidaten. Methodisch besonders aufschlussreich war, dass 2006 die Institute, die sich auf den methodischen Rat erfahrener amerikanischer Wahlforscher verlassen hatten, die schlechtesten Wahlprognosen veröffentlichten. Dies zeigt, wie gefährlich es sein kann, sich auf Methodenkenntnisse aus einem anderen Kulturraum zu verlassen. Während die statistischen Grundprinzipien der Umfrageforschung universell sind, können ihre konkreten Umsetzungen von Land zu Land unterschiedlich sein. Die in den USA erprobte Methode kann sich in Mexiko oder auch in Europa als ungeeignet erweisen.



Internationales Treffen der Wahlforscher am Starnberger See: von links Alejandro Moreno (Periodico Reforma, Mexico City), Patricia Moy (University of Washington, Seattle), Matita Carballo (TNS, Buenos Aires), Nick Moon (GfK, London), Thomas Petersen (Institut für Demoskopie Allensbach), Allan McCutcheon (Gallup Research Center, University of Nebraska-Lincoln) und Michael Traugott (University of Michigan, Ann Arbor)

Foto: Schröder

Nick Moon von der britischen Niederlassung der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) führte vor, wie es sich auf die Qualität von Telefonumfragen auswirkt, dass ein immer größerer Anteil der Bevölkerung ausschließlich per Mobiltelefon zu erreichen ist und welche Probleme sich damit vor allem verbinden: eine fast schon dramatische Präsentation der zunehmenden methodischen Schwierigkeiten bei Telefonumfragen.

Abgerundet wurde die außerordentlich diskussionsintensive und anregende Tagung durch Beiträge von Marita Carballo (TNS, Buenos Aires) über weltweite Bevölkerungsreaktionen auf die Wirtschaftskrise und von Thomas Petersen (Institut für Demoskopie Allensbach) über neue Erkenntnisse zur Wirkung veröffentlichter Wahlumfragen auf die Meinungsbildung der Bevölkerung. Letztere sind das Ergebnis eines Gemeinschaftsprojekts des Allensbacher Instituts mit dem Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität München.

■ Thomas Petersen

Alles Dienstliche ruhte auf einem menschlichen Fundament

Zum Tod von Karin Siebert

Der Direktor und die Beschäftigten der Akademie trauern um unsere Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Karin Siebert. Die Journalistin und Mutter von zwei Töchtern hatte bis zuletzt einen tapferen Kampf gegen ihre Krankheit geführt, musste ihn aber letztendlich verloren geben. Bei der bewegenden Trauerfeier nahmen Familie, Freunde und Kollegen Abschied von der beliebten Mitarbeiterin, an der wir nicht nur ihre fachliche Kompetenz, sondern auch ihre menschliche Liebeshwürdigkeit hoch geschätzt haben. Akademiedirektor Heinrich Oberreuter würdigte die Verstorbene:

Rainer Maria Rilkes Gedicht hat sich mir dieser Tage geradezu aufgedrängt. Die meisten werden es kennen:

Der Tod ist groß.
Wir sind die seinen
lachenden Munds.
Wenn wir uns mitten
im Leben meinen,
wagt er zu weinen
mitten in uns.

Diese Verse gelten immer. Sie treffen aber ganz besonders dann zu, wenn ein Leben – ein reflektiertes, fruchtbares, lebenswertes Leben – binnen weniger Monate verlöscht; wenn das Lachen bedrängt und überlagert wird von der Auseinandersetzung mit dem, was schon „mitten in uns“ gewesen ist, von dem es aber schien, als könne es noch eine Weile auf Distanz gehalten werden.

Karin Siebert hat diesen Kampf mit bewundernswertem Optimismus geführt. Natürlich sind ihr auch die Kehrseiten nicht erspart geblieben.

Um Grenzen wissend, führte sie diesen Kampf vor allem aus Verantwortung für ihre Kinder, für die sie in entscheidenden und prägenden Jahren noch da sein wollte. Sie waren ihr das Wichtigste.

Dieses Ausgreifen ins Private mag manchem unstatthaft erscheinen. Es ist es nicht: deswegen nicht, weil bei Frau Siebert alles Dienstliche auch auf



Karin Siebert (1961 - 2009) war drei Jahre lang engagierte Pressereferentin der Akademie

Foto: Marquardt

einem unverwechselbaren menschlichen Fundament ruhte. Sie war nicht nur ihrer Aufgabe, sie war auch den Menschen zugewandt, die ihr darin begegneten. Das war für sie wesentlich und im Grunde zugleich bestimmend für ihr Wesen. Sie hat immer zuerst das Positive gesehen und gesucht und das andere nicht so leicht

an sich herangelassen, geschweige denn, dass sie davor resigniert hätte. Nicht allein ihre Arbeit, vor allem auch ihre menschliche Liebeshwürdigkeit hat ihr ihren Platz in der Akademie gegeben; die Akademie, die ihr auch selbst zum Anliegen und zur Heimat geworden war – und das in der kurzen Zeit von drei Jahren, die uns zur Zusammenarbeit vergönnt gewesen sind.

Karin Siebert hat die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die es in unserem Hause zuvor im Grunde nur nebenbei gegeben hatte, erfolgreich auf eine professionelle Basis gestellt, wozu ihr der Journalistenberuf, ihre Einfühlbarkeit in das weite Spektrum unserer Aufgaben, ihr Sprachgefühl und ihre intellektuellen Fähigkeiten alle Voraussetzungen mitgaben. Sie konnte übrigens auch fuchsteufelswild werden, wenn ihre Ansprechpartner bei den Medien wieder einmal die Mission „ihrer“ Akademie unterschätzten. Ungebrochen Freude an einem Beruf zu entwickeln, der nicht nur Freude bereithält, ist auch eine bemerkenswerte Gabe.

Wir denken an Frau Siebert in Respekt und Dankbarkeit. Ihr Platz im Dienst und im Mentalitätsgefüge, in den Herzen unseres Hauses wird so leicht nicht wieder zu füllen sein – und ich bin mir sicher: kaum mehr in gleicher, unverwechselbarer Weise.

Der Tod ist groß, gewiss. Aber in der österlichen Zeit darf man in unserem Kulturkreis auch als Direktor einer säkularen Akademie daran erinnern, dass es nach dem Glauben vieler – und Karin Siebert gehörte zu ihnen – einen Größeren gibt. Wenn er denn schon ihr irdisches Ende zuließ, möge er es zur Geborgenheit in seinen Händen wandeln. ■

Heinrich Oberreuter



Heinrich Oberreuter (Hrsg.)
Unentschieden
 Die erzwungene Koalition
 München 2009, Olzog Verlag, 314 S.
 ISBN 978-3-7892-8202-7

Die Bundestagswahl im September 2005 erzwang die zweite Große Koalition in der bundesrepublikanischen Geschichte. In diesem unvorhergesehenen Ergebnis spiegelt sich die Erosion der beiden großen Volksparteien: ein vorläufiger Höhepunkt langfristiger Entwicklungstrends. Ist das Parteiensystem im Umbau? Entschwinden konventionelle Koalitionsmodelle? Einzigartig war auch die Vorgeschichte dieser Wahl mit dem Streit um Vertrauensfrage und Parlamentsauflösung. Vor allem der Wahlkampf wird die weitere Forschung anregen. Denn die zerrüttete Regierungskoalition kämpfte quasi als Opposition, während die demoskopisch enteilte Union angesichts ihres vermeintlich sicheren Sieges in einer „gefühlten“ Regierungsrolle agierte – mit fatalen Konsequenzen. Auch das – tatsächliche oder nur vermeintliche – Versagen der Demoskopien ist ein zentrales Thema dieser Wahl.

Die Autoren:

- | | | | |
|----------------------|------------------------|---------------------|-------------------|
| Frank Brettschneider | Wolfgang Donsbach | Christa Hategan | Roberto Heinrich |
| Richard Hilmer | Olaf Jandura | Matthias Machnig | Marcus Maurer |
| Viola Neu | Oskar Niedermayer | Heinrich Oberreuter | Patrick Moreau |
| Dieter Roth | Siegfried Weischenberg | Jürgen Wilke | Carsten Reinemann |



Michael Spieker
Wahres Leben denken
 Über Sein, Leben und Wahrheit
 in Hegels Wissenschaft der Logik
 Hamburg 2009, Felix Meiner Verlag, 422 S.
 ISBN 978-3-7873-1895-7

Aufgabe der Philosophie ist die Versöhnung. Um diese leisten zu können, muss das Denken religiös werden. Doch was ist religiöses Denken, wenn es in seinem durchgängigen Begründen nicht – ursprungsmythisch – von einem ersten Fundament ausgehen kann? Dies zeigt die Wissenschaft der Logik. Sie muss die erste Wissenschaft sein, da nur von ihr her von solchem die Rede sein kann, das irgendwie ist. Sie aktualisiert „das Erste der Erkenntnis“, wie es Hegel in *Glauben und Wissen* nennt. So ist die Hegelsche Logik keine Technik oder bloße Kollektion von Kategorien, sie verzeichnet überhaupt nicht irgendwelche aufgefundenen Bestimmungen, sondern sie erkundet die einige Quelle von Denken und Sein. Die Logik treibende Philosophie ist im Wortsinn religiös, indem sie die Rückbindung an den Grund betreibt (religere) und Formen als Inhalte begreift. Dies ist das eigentliche Thema der Wissenschaft der Logik.

Alexander Kissler in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 13. Februar 2009:

Kalt war nicht nur der See

Eine Tutzinger Tagung über die Grenzen des Menschlichen

... An den Grenzen wird das Eigentliche offenbar. Die Schwelle von Leben und Tod ist der privilegierte Ort, an dem die Gattung sich sinnhaft verdichtet. Und ebendort haben sich die Horizonte in den letzten Jahrzehnten dramatisch verschoben, traten neue Akteure auf, neue Techniken, erschien die Transplantationsmedizin. Sie sorgte für eine fundamental neue Grenzziehung. Der Hirntod, 1963 erdacht und 1968 mit den sogenannten Harvard-Kriterien festgeschrieben, machte die „therapeutische Nutzung eines lebenden Körpers“ möglich. Eine „einzigartige Tabuüberschreitung“ fand statt, die Todesdiagnose tritt seitdem mit dem Todeszeitpunkt zusammen, „ohne dass der Tote sich als Leiche zu erkennen gibt“. Dieses Szenario der Kulturwissenschaftlerin Anna Bergmann aus Frankfurt/Oder ließ die Gespräche am Starnberger See verstummen. Kalt war nicht länger nur der See.

Die Forscherin hat zahlreiche Gespräche mit den an Organentnahmen Beteiligten geführt, den Praktikern wie den Angehörigen. Was sie zu berichten wusste, schockierte. ...

Desaströser noch als die Ausweitung des Körpers erscheint Bergmann die mangelnde ethische Grundierung des Hirntod-Konzepts. Eine faule Frucht cartesianischen Denkens ist in ihren Augen das morbide Geschehen. Der Mensch als Maschine und das Hirn, nur das Hirn als Sitz der Person: Diese Prämissen hält sie für unbegründbar. ...

Nimmt man Anna Bergmann beim polarisierenden Wort, dann verstößt jede Organentnahme zweifach gegen die Menschenwürde – gegen jene des Spenders und jene der behandelnden Ärzte und Pfleger, die systematisch traumatisierenden Erlebnissen ausgesetzt werden. Der inflationär gebrauch-

te, letztlich sperrige Begriff ist der Fliehpunkt sämtlicher biopolitischer Debatten. Darum bei Kant nachzuschlagen, wie es der Bonner Philosophieprofessor Thomas S. Hoffmann tat, ist immer eine gute Idee. Dass dann die Menschenwürde jener „Faktor X“ – so Francis Fukuyama – sein muss, der unterschieds- und bedingungslos alle Mitglieder der Gattung Homo sapiens von allen anderen Lebewesen trennt, ist konsequent. Für Hoffmann folgt aus dem Umstand, dass jede menschliche Existenz „von der Würde umgriffen“ ist und ergo sie nur Objekt sein darf, ein Verbot des Selbstmords wie der aktiven Sterbehilfe: „Niemand hat ein Recht mich zu töten, auch nicht auf meinen Wunsch hin. Sterben in Würde kann nicht bedeuten, sein eigenes Anerkanntsein zu verlassen und sich selbst zum Objekt zu machen.“ ...

(Siehe Bericht Seite 18)

Matthias Will in der FRANKENPOST vom 28. Februar 2009:

Sorge um Stabilität der Währungsunion

Theo Waigel ist gut gelaunt. Es schwingt ein bisschen Genugtuung mit, als er eine positive Zwischenbilanz der Währungsunion zieht. „Der Euro hat sich in der Finanz- und Wirtschaftskrise als Fels in der Brandung erwiesen“, sagt der ehemalige Bundesfinanzminister bei einer Tagung in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing anlässlich des 10. Jubiläums der europäischen Gemeinschaftswährung. Ohne diese hätte es nach seiner Überzeugung angesichts der Turbulenzen auf den weltweiten Kapitalmärkten in den vergangenen Monaten eine Achterbahnfahrt der Wechselkurse gegeben. „Und die D-Mark als Ankerwährung wäre gnadenlos überfordert gewesen.“

Waigel war von 1989 bis 1998 Finanzminister in der Kohl-Regierung und maßgeblich an den Weichenstellungen für die neue europäische Finanzstruktur beteiligt. Und noch immer, so berichtet er, erhält er bitterböse Briefe von Bürgern, die der D-Mark hinterher trauern. Der frühere Bundesminister und CSU-Politiker hat viel einstecken müssen. Er erzählt – heute kann er sogar darüber schmunzeln – von den quälend langen Diskussionen und Verhandlungen mit französischen Politikern. Und von seiner Wut, als der damalige Präsident Jacques Chirac den EU-Stabilitätspakt, der unter anderem eine Schuldengrenze für die Mitgliedstaaten vorsieht, als „Werk deutscher

Technokraten“ bezeichnete. Gerade deshalb sei es für ihn ein großes Ärgernis gewesen, dass Deutschland später selbst zum Haushaltssünder wurde.

Einen Seitenhieb auf einige seiner CSU-Kollegen kann sich Waigel nicht verkneifen: „Wir sollten – und das gilt auch für bayerische Politiker – positiv über Europa reden.“ Schließlich lobte der Ex-Minister den Weitblick des CSU-Gründers Josef Müller, der 1946 mit den Worten zitiert wurde: „Wir brauchen eine gemeinsame Währung, weil Länder, die eine gemeinsame Währung haben, nie mehr Krieg gegeneinander führen.“ ...

(Siehe Bericht Seite 15)

Sharon Chaffin in der NÜRNBERGER ZEITUNG vom 18. März 2009:

Nürnberg ist beim Klimaschutz spitze

... München hat die Notwendigkeit europäischer Kooperationen ebenso erkannt und sich diversen Projekten angeschlossen: „Wir brauchen europäische Ziele, um unseren Stadt- und Gemeinderäten zu sagen, was zu tun ist“, gab sich Umweltreferent Joachim Lorenz (Grüne) überzeugt. Die Landeshauptstadt will ihren derzeitigen CO₂-Ausstoß bis 2030 sogar halbieren – und hat hierfür unter anderem mit Gebäudesanierungen, Energiemanagement sowie dem Bau von Solar- und Photovoltaikanlagen notwendige Schritte eingeleitet. Ein Stadtteil, der in den nächsten Jahren entstehen wird, soll darüber hinaus ausschließlich durch Geothermie beheizt werden. Natürlich profitieren von der Verflechtung der EU mit Städten und Kommunen beide Parteien: „Auch die EU wird ihre Klimaziele ohne die Gemeinden nicht erreichen können“, vermutete Lorenz.

Diesen Satz dürfte wohl auch kein Gast der abschließenden Diskussionsrunde

bezweifelt haben. Denn die Podiumsteilnehmer waren sich bei aller Verschiedenheit in Profession und politischer Couleur im Großen und Ganzen erstaunlich einig. „Die Schöpfung und ihre Artenvielfalt sind in Gefahr“, formulierte Bayerns Umweltminister Markus Söder (CSU) eindringlich und kompetent, „es gibt Gott sei Dank nur noch sehr wenige Menschen, die das heute noch leugnen“. Die Folgen des Klimawandels könne man jetzt schon sehen, sogar im Freistaat, bei den schmelzenden Gletschern.

Söder will kein Kernkraft-Fetischist sein

Da konnten selbst der bayerische Landesvorsitzende der Grünen, Dieter Janecek, und der ehemalige Direktor des Instituts für Meteorologie und Klimaforschung in Garmisch-Partenkirchen, Wolfgang Seiler, nicht widersprechen. Auch OB Ulrich Maly (SPD) war mit Söder einer Meinung („Wir brauchen

bei grenzüberschreitenden Problemen wie dem Klimawandel auch globale Lösungsansätze“) – und fand eher im Klimaexperten Seiler einen Widerpart als im Umweltminister.

Denn anders als Seiler, der die Entwicklung und Herstellung von Elektroautos forcieren möchte, will Maly nicht jedes konventionelle Auto einfach durch ein Elektromobil ersetzen: „Wir müssen mehr in den öffentlichen Personennahverkehr investieren“, fordert er. Auch Elektroautos benötigten zum Parken und Fahren Fläche; dies werde die Probleme der dicht besiedelten Stadt Nürnberg verstärken.

Für eine kleine Überraschung sorgte Söder am Ende mit seinen Bemerkungen zur Atomkraft: „Im Moment können wir sie nicht völlig durch erneuerbare Energien ersetzen, aber ich bin nicht der Kernkraft-Fetischist, der vor einem AKW leuchtende Augen bekommt.“

Herbert Fuehr in den NÜRNBERGER NACHRICHTEN vom 18. März 2009:

Lokal handeln gegen die Klimakatastrophe

Nürnberger Tagung zeigt: Beim Umsetzen ehrgeiziger Umwelt-Ziele aus Brüssel hapert es häufig noch

... Die Diskussion unter Leitung von Alexander Jungkunz, dem stellvertretenden Chefredakteur der *Nürnberger Nachrichten*, arbeitete weitere Handlungsfelder heraus. Zum Beispiel das noch weitgehend ungelöste Problem des immensen Flächenverbrauchs. OB Maly und Bayerns Umweltminister Markus Söder (CSU) waren sich einig, dass die Hauptprobleme bei der Energieeffizienz nicht in Neubauten

steckten, sondern in der Sanierung der Altbauten, deren Energieverbrauch immerhin ein Drittel aller Klimagas-Emissionen ausmache.

Besonders wichtig sei auch der Verkehrsbereich, wobei Maly anders als Söder und Bayerns Grünen-Chef Dieter Janecek sich kritisch zur Forderung äußerte, beschleunigt auf Elektrofahrzeuge umzusteigen. Er will lieber den

Individualverkehr durch neue Konzepte möglichst aus der Stadt heraushalten. Einig war man sich wieder darin, dass die Regionen mehr Einfluss auf die EU-Klimapolitik nehmen müssten. Und auch Seilers These widersprach niemand, dass Klimaschutz „nur über unseren wichtigsten Körperteil geht, den Geldbeutel.“

(Siehe Bericht Seite 21)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

J u n i

23-1* 2. – 4. Juni

Schülerforum Politik: Der israelisch-palästinensische Konflikt

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Michael Spieker

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

24-2* 8. – 10. Juni

Schülerforum Politik: Feindbild Globalisierung?

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Michael Spieker

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

24-1 14. Juni

Deutschland und Europa – 20 Jahre nach dem Mauerfall

12. Passauer Tetralog

Im Rahmen der Festspiele Europäische Wochen Passau

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

25-1* 15. – 19. Juni

Internationale Krisen und Konfliktherde

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Evelin Mederle

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

25-3 19. – 21. Juni

1939 – Mit dem Kino in den Krieg

Der Beginn des Zweiten Weltkriegs im Spiegel des Films

In Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Jugend und Film/LAG Film Bayern

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

26-1* 22. – 26. Juni

Fakultaserwerb I/6 – Prüfungsvorbereitung: Wiederholen, Vertiefen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

26-2* 22. – 26. Juni

Die 70er Jahre in Literatur und Film

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

26-4 26. – 28. Juni

Sonntagsreden – Montagshandeln

Wort und Tat in der Politik

Leitung: Stefan Köppl / Michael Schröder / Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

26-5 28. – 30. Juni

Tutzingener Radiotage

In Zusammenarbeit mit dem Projektteam Hörfunk der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Bonn
Leitung: Michael Schröder / Berthold L. Flöper
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

J u l i

27-1* 1. – 3. Juli

Russland – wohin?

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Evangelischen Frauenbund, dem Deutschen Frauenring und dem Katholischen Frauenbund/Landesverbände Bayern
Leitung: Jürgen Weber
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

27-3 3. – 4. Juli

5. Forum: Menschenwürdige Wirtschaftsordnung: Ökonomie und die Vorstellungen einer gerechten Welt – Ist die Soziale Marktwirtschaft am Ende?

In Kooperation mit dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IHW)
Leitung: Heinrich Oberreuter / Wolfgang Quaisser / Ulrich Blum / Michael Aßländer
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

28-1* 7. – 9. Juli

Praxis der Politischen Bildung

Fortbildung für Einheitsführer
In Zusammenarbeit mit der Offiziersschule der Luftwaffe und dem Bayernforum der Friedrich-Ebert-Stiftung
Leitung: Saskia Hieber / Karl Sedlmaier / Horst Schmidt
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

28-2 8. – 10. Juli

Monetary Policy in Central and Eastern Europe

First Joint OEI/APB Summer Academy on Central and Eastern Europe
In Kooperation mit dem Osteuropa-Institut Regensburg
Leitung: Wolfgang Quaisser / Jürgen Jerger
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46
Anmeldung über das OEI-Regensburg (www.osteuropa-institut.de)

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sybille Haug	Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Renate Heinz	R.Heinz@apb-tutzing.de
Ina Rauš	I.Raus@apb-tutzing.de
Heike Schenck	H.Schenck@apb-tutzing.de
Karin Sittkus	K.Sittkus@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

28-3 10. – 11. Juli

Milleniumsziele gescheitert?

In Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen

Leitung: Saskia Hieber / Ulrike Renner

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

29-2 14. – 15. Juli

Bildungsgesellschaft – Über Schule und Hochschule hinaus

In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Erwachsenenbildung Bayern

Leitung: Michael Spieker / Karl-Heinz Eisfeld

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

29-1 17. – 18. Juli

Studentenseminar Internationale Politik

In Zusammenarbeit mit der Universität Regensburg

Leitung: Saskia Hieber / Stephan Bierling

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

31-2 27. – 29. Juli

Politikerköpfe

Journalistische Portraits im Bundestagswahlkampf

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

31-1* 27. – 31. Juli

Politische Theorie

Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien

2. Sequenz: 3. Kurs

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

A u g u s t

32-1* 3. – 6. August

Fragen zur Zeitgeschichte – Probleme der Gegenwart

Ferienseminar 1

Für Geschichts- und Sozialkundefahrer/innen

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

32-2 * 6. – 9. August

Internationale Politik

Ferienseminar 2

Leitung: Saskia Hieber / Stefan Köppl

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter wurde erneut zum Vorsitzenden der Diätenkommission des Bayerischen Landtags gewählt. Im Rahmen des Dialogprogramms zwischen Bayern und der südafrikanischen Region Western Cape „Creating educational training and work opportunities for the youth – a challenge to social and economic integration. The Role of Government, Business, Religious & Civil society networks“ sprach er in Stellenbosch (Südafrika) über die soziale Integration der Jugend. In Ankara nahm er am deutsch-türkischen Sicherheitsdialog teil. Anlässlich der Tagung „Farben der Nachbarschaft. Deutsch-polnische Beziehungen im 21. Jahrhundert“ an der Universität Breslau referierte er zum Thema „Zwischen Geschichte und Gegenwart – Die deutsch-polnischen Beziehungen im 21. Jahrhundert“. Anlässlich des Demokratie-Symposiums zum Verfassungsjubiläum referierte er in Weimar über das Spannungsverhältnis zwischen repräsentativer und plebiszitärer Demokratie. Weitere Vorträge über die Perspektiven des Wahljahres 2009, die Zukunft der Demokratie und des Parteiensystems sowie dem Verfall des Vertrauens zu politischen und wirtschaftlichen Eliten hielt er in München, Eichholz und Schwandorf.

BEIRAT

Prof. Dr. Peter Beer wurde zum Generalvikar und damit zum Stellvertreter des Erzbischofs von München und Freising berufen.

KOLLEGIUM

Dr. Saskia Hieber referierte vor dem „Senior Officer Course“ und dem „European Policy Officer Course“ an der NATO-Schule in Oberammergau. Ferner hielt sie an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg einen Vortrag über Neuentwicklungen in Chinas Energiepolitik und im Kaufmannscasino in München sprach sie über Chinas Außenpolitik und die sicherheitspolitische Umgebung. Im Sommersemester bietet sie am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München die Veranstaltungen „Systeme, Mächte und Werte im Pazifischen Jahrhundert“ und „Internationale Krisen und Konflikte“ an.

Stefan Köppl hielt auf der gemeinsamen Drei-Länder-Tagung von DVPW, ÖGPW und SVPW in Osnabrück einen Vortrag über Besonderheiten, Scheitern und Erfolg von Verfassungsreformen aus international vergleichender Perspektive. Im Sommersemester 2009 bietet er im Rahmen eines Lehrauftrags an der Universität Passau ein Proseminar zum Thema „Interessenvertretung im politischen Prozess“ an.

Dr. Gero Kellermann und Karl-Heinz Willenborg referierten in München im Rahmen des in Kooperation mit der Stadt München und der Muslimischen Akademie in Deutschland veranstalteten Weiterbildungsprogramms für Imame und muslimische Seelsorger über Geschichte, Verfassung und Politik der Bundesrepublik.

Dr. Michael Schröder hielt in Bayreuth einen Vortrag über die Rolle und Unabhängigkeit der Medien im Bundestagswahlkampf.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße..... PLZ..... Ort.....

Tel..... E-Mail.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing